

Stenographisches Protokoll

239. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Dienstag, 31. Mai 1966

Tagesordnung

1. Bundesmineralölsteuergesetz
2. Finanzausweisung 1966 an die Länder und Gemeinden
3. Abänderung des Verteilungsgesetzes Rumänien

Inhalt

Bundesregierung

Zuschriften des Bundeskanzleramtes:

Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betreffend
1. Budgetüberschreitungs-gesetz (S. 5827)

Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betreffend
Veräußerung und Belastung bundeseigener
Liegenschaften in Millstatt und in anderen
Katastralgemeinden (S. 5827)

Verhandlungen

Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai
1966: Bundesmineralölsteuergesetz (1 d. B.)

Berichterstatter: Johann Mayer (S. 5828)

Redner: Ing. Thomas Wagner (S. 5828),
Brandl (S. 5832), Rudolfine Muhr (S. 5833),
Franz Mayer (S. 5835), DDr. Pitschmann
(S. 5838), Böck (S. 5842), Lala (S. 5843),
Novak (S. 5846) und Bundesminister für
Finanzen Dr. Schmitz (S. 5848)

Entschließung, betreffend Maßnahmen zur Ver-
billigung von Heizöl (S. 5828) — Annahme
(S. 5850)

kein Einspruch (S. 5850)

Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai
1966: Finanzausweisung 1966 an die Länder
und Gemeinden (2 d. B.)

Berichterstatter: DDr. Pitschmann
(S. 5850)

Redner: Singer (S. 5851), Bürkle (S. 5853),
Hallinger (S. 5855) und Bundesminister für
Finanzen Dr. Schmitz (S. 5858)

kein Einspruch (S. 5858)

Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai
1966: Abänderung des Verteilungsgesetzes
Rumänien

Berichterstatter: Römer (S. 5859)

kein Einspruch (S. 5859)

Eingebracht wurde

Anfrage der Bundesräte

Schweda, Singer, Mayrhauser und Ge-
nossen an den Bundesminister für Inneres,
betreffend Festsetzung des Benzinpreises
(146/J-BR/66)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzender Dr. Iro: Hoher Bundesrat!
Ich eröffne die 239. Sitzung des Bundesrates.

Das Protokoll der 238. Sitzung vom 24. Mai
ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und
gilt daher als genehmigt.

Ich begrüße in unserer Mitte sehr herzlich
den Herrn Bundesminister für Finanzen Dok-
tor Wolfgang Schmitz und Herrn Staats-
sekretär Dr. Bobleter. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Bundeskanzleramt hat mit Schreiben
vom 26. Mai 1966 mitgeteilt, daß der National-
rat in seiner Sitzung am 24. Mai ein Bundes-
gesetz, mit dem eine Überschreitung für die
Tierseuchenbekämpfung genehmigt wird (1.
Budgetüberschreitungs-gesetz), beschlossen hat.

Ferner hat das Bundeskanzleramt mit Note
vom 27. Mai 1966 mitgeteilt, daß der National-
rat in seiner Sitzung am 25. Mai ein Bundes-
gesetz, betreffend Veräußerung und Belastung
von bundeseigenen Liegenschaften in der Ka-
tastralgemeinde Millstatt und in anderen Ka-
tastralgemeinden, verabschiedet hat. Beide

vom Nationalrat verabschiedeten Gesetzes-
beschlüsse fallen unter die Bestimmungen des
Artikels 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungs-
gesetzes und dienen daher zur Kenntnis.

Eingelangt sind jene Gesetzesbeschlüsse
des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen
Tagesordnung sind, sowie noch folgende Be-
schlüsse des Nationalrates, betreffend Kom-
petenzgesetz, Außenhandelsgesetznovelle 1966,
Abänderung des Bauarbeiter-Urlaubsgesetzes
1957 und Vertrag mit Griechenland über die
Rechtshilfe auf dem Gebiet des Zivil- und
Handelsrechts.

Ich habe alle diese Vorlagen gemäß § 29
der Geschäftsordnung den zuständigen Aus-
schüssen zugewiesen. Die Ausschüsse haben
sie vorberaten.

Hinsichtlich des heute zur Verhandlung
gelangenden Punktes 3, Verteilungsgesetz Ru-
mänien, beantrage ich, von der Vervielfältigung
des Ausschlußberichtes Abstand zu nehmen.
Wird hiegegen ein Einwand er-

Vorsitzender

hoben? — Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag erscheint sohin mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit angenommen.

1. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai 1966: Bundesgesetz über die Bundesmineralölsteuer (Bundesmineralölsteuergesetz — BMinStG.) (1 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bundesmineralölsteuergesetz.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Johann Mayer. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu referieren.

Berichterstatter Johann Mayer: Hoher Bundesrat! Sehr verehrter Herr Bundesminister! Sehr verehrter Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Der Nationalrat hat am 24. Mai dieses Jahres einen Gesetzesbeschluß gefaßt, betreffend ein Bundesgesetz über die Einführung einer Bundesmineralölsteuer, Bundesmineralölsteuergesetz genannt. Dieses Gesetz ist dazu angetan, für den Bund Mittel aufzubringen, die er dringend benötigt, um seinen Bedarf an Ausgaben hinsichtlich des Straßenbaues zu decken.

Als Begriffsbestimmungen über Mineralöle gelten nach diesem Gesetzesbeschluß die Bestimmungen des Mineralölsteuergesetzes 1959, BGBl. Nr. 2/1960. Die Erhebung dieser Steuer soll ebenfalls nach den Bestimmungen dieses Gesetzes vorgenommen werden.

Es ist in diesem Gesetzesbeschluß dargelegt und klar zum Ausdruck gebracht, daß es sich um eine Verbrauchsteuer im Sinne der Bundesabgabenordnung handelt. Über den Ertrag der Bundesmineralölsteuer schließlich ist ganz klar ausgesagt, daß diese Mittel zur Gänze dem Bund zufallen und für den Ausbau sowie die Erhaltung des Bundesstraßennetzes vorgesehen sind.

Die Bezeichnung „Bundesmineralölsteuer“ ist deswegen so klar gewählt worden, damit kein Mißverständnis herrscht, damit nicht etwa diese Abgabe als ein Zuschlag zu einer schon bestehenden Abgabe betrachtet wird, sondern damit ersichtlich ist, daß es sich hier um eine selbständige zweite Verbrauchsteuer handelt.

Durch diese vorgesehene Verbrauchsteuererhöhung wird sich eine durchschnittliche Erhöhung der Steuerbelastung um rund 20 Groschen pro Liter Treibstoff ergeben.

Schließlich hat der Nationalrat im Zusammenhang mit diesem Gesetzesbeschluß eine EntschlieÙung gefaßt, in der die Bundesregierung ersucht wird, die Frage zu prüfen, inwieweit der Preis des Gasöles für Heizzwecke verbilligt werden kann beziehungsweise wie

auf diesem Gebiete Steuererleichterungen eintreten könnten. Diesbezüglich soll im Sinne der EntschlieÙung dem Parlament bis spätestens 30. September dieses Jahres eine Regierungsvorlage zugeleitet werden.

Der Finanzausschuß des Bundesrates hat sich am 27. Mai 1966 mit dem Gesetzesbeschluß und der damit in Zusammenhang stehenden EntschlieÙung befaßt und sie beraten. Der Ausschußbericht liegt Ihnen vor. Ich darf darauf hinweisen, daß in diesem Ausschußbericht als Anhang auch der Minderheitsbericht aufgenommen ist.

Der Finanzausschuß, der mich beauftragt hat und namens dessen ich spreche, stellt somit den Antrag, der Bundesrat wolle

1. gegen den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai 1966 über die Einführung einer Bundesmineralölsteuer — 18 und 25 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates — keinen Einspruch erheben und

2. die dem Ausschußbericht beigedruckte EntschlieÙung annehmen.

Vorsitzender: Zum Wort hat sich Herr Bundesrat Wagner gemeldet. Ich erteile es ihm. (*Bundesrat Porges: Es gibt zwei Wagner!*)

Bundesrat Ing. Thomas Wagner (SPÖ): Hoher Bundesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Geschichte des Bundesrates kam es bisher nur sehr selten vor, daß gegen die Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates ein Einspruch erhoben wurde oder daß die Beschlüsse des Bundesrates nicht einstimmig gefaßt wurden.

Den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai 1966, betreffend ein Bundesgesetz über die Bundesmineralölsteuer, hat der Finanzausschuß in seiner Sitzung am 27. Mai behandelt und nur mit den Stimmen der Vertreter der ÖVP den Berichterstatter ermächtigt und beauftragt, im Hohen Hause zu beantragen, gegen den Gesetzesbeschluß keinen Einspruch zu erheben. Die sozialistischen Mitglieder des Finanzausschusses konnten sich dem Mehrheitsbericht nicht anschließen und haben in dem schriftlich eingebrachten Minderheitsbericht einige der hierfür maßgebenden Gründe dargelegt. Die sozialistischen Mitglieder des Bundesrates werden daher auch in diesem Hohen Hause nicht für den Antrag des Berichterstatters stimmen. Für dieses Verhalten haben wir neben den im Minderheitsbericht bereits enthaltenen noch viele andere wichtige ethische, moralische, wirtschaftliche und währungspolitische Gründe. Wir fühlen uns daher verpflichtet, im Interesse der österreichischen Konsumenten, Steuerzahler und Kraftwagenbenützer, besonders aber im Interesse der

Ing. Thomas Wagner

Besitzer von Ölheizanlagen gegen die Inkraftsetzung des vorliegenden Bundesmineralölsteuergesetzes entschieden zu protestieren.

Die wichtigsten Gründe für die ablehnende Haltung der Sozialisten gegen die in Behandlung stehende Vorlage sind in der vom Bundesministerium für Finanzen veröffentlichten Dokumentation über die am 22. Oktober 1965 gescheiterten Verhandlungen über das Budget 1966 enthalten.

Bereits im Vorwort dieser offiziellen Dokumentation steht auf Seite 3 gedruckt: „Vor allem aber wird behauptet, der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1966 sei am 22. Oktober abgelehnt worden, da er Preis-, Tarif- und Steuererhöhungen enthalten hätte.“ Im nächsten Absatz kann man lesen: „Jedermann wird ... selbst feststellen können, daß in dem entscheidenden Budgetentwurf in seiner Fassung vom 22. Oktober, dem einzigen, der im Ministerrat zur Abstimmung gelangte und der schließlich von der SPÖ-Fraktion der Bundesregierung diskussionslos abgelehnt worden ist, keinerlei Preis-, Tarif- oder Steuererhöhungen enthalten waren.“

Über den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1966, den Finanzminister Doktor Schmitz im Ministerrat am 12. Oktober einbrachte und der einen Gesamtgebarungsausgang von 3.460 Millionen Schilling aufwies, von welchem Betrag nach dem Vorschlag des Finanzministers rund 1.015 Millionen Schilling entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch Einnahmenerhöhungen hätten bedeckt werden sollen, kann man auf den Seiten 7 und 8 folgendes lesen: „Zur Reduzierung dieses Defizits auf das akzeptable Ausmaß schlägt Finanzminister Dr. Schmitz vor, die Stabilisierung des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen entweder durch Ausgabenverminderung oder durch Tarifkorrekturen vorzunehmen und die Verringerung des gestiegenen Abganges der Post ebenfalls entweder durch Ausgabenverminderung oder Tarifänderungen durchzuführen.“

Es ist klar, daß unter den „Tarifänderungen“, da es sich um Mehreinnahmen handelte, nur Tarifierhöhungen gemeint waren.

Bezüglich des in Behandlung befindlichen Bundesmineralölsteuergesetzes stehen auf der Seite 8 folgende sehr bemerkenswerte Sätze: „Eine weitere Möglichkeit zur Einnahmenerhöhung ist ... eine Erhöhung des Zuschlages zur Mineralölsteuer. Durch die Erhöhung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer um 20 Groschen pro Liter könnten 450 Millionen Schilling erwartet werden.“

Auf derselben Seite bescheinigt der Finanzminister den sozialistischen Regierungsmit-

gliedern, daß sie die beabsichtigten Tarif- und Steuererhöhungen schon damals ablehnten.

Es sei noch erwähnt, daß die SPÖ am 18. Oktober 1965 eine Erklärung abgab, in der die sozialistischen Regierungsmitglieder Gegenanschläge machten und zum Schluß neuerlich darauf hinwiesen, „daß sie nach wie vor mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Preissteigerungen im Jahre 1965 Erhöhungen von gesetzlich geregelten Preisen, von Tarifen oder von Bundesabgaben, die das ganze Volk betreffen, nicht zustimmen können“.

Dieser Vorschlag der SPÖ wurde am gleichen Tage mit einer Erklärung der ÖVP schroff zurückgewiesen, mit dem fadenscheinigen Hinweis darauf, daß für die Einbringung des Bundesfinanzgesetzes nur der Finanzminister allein zuständig ist, die Vorlage eines Entwurfes durch ein anderes Regierungsmitglied oder eine Mehrheit anderer Regierungsmitglieder gesetzwidrig wäre und daher von der ÖVP nicht akzeptiert werden könne. Das bedeutete aber nichts anderes, als daß die ÖVP nicht mehr gewillt war, mit der SPÖ im Geiste der Gleichberechtigung weiter zu verhandeln, weil sie Neuwahlen erzwingen wollte.

Am 22. Oktober 1965 gab die SPÖ-Fraktion der damaligen Bundesregierung noch eine Erklärung ab, in der sie auf jede Ausgaben-erhöhung gegenüber dem Budget 1965 — mit Ausnahme der gesetzlichen Verpflichtungen — im Hinblick auf die Wertsicherung des Schillings verzichtete. In der Erklärung wurde nochmals darauf hingewiesen, daß die SPÖ einer Erhöhung der Eisenbahn- und Autobustarife sowie des Benzinpreises nicht zustimmt. In dieser Erklärung wurde also die Ablehnung der Benzinpreiserhöhung seitens der SPÖ ausdrücklich erwähnt.

Der Finanzminister hat am 22. Oktober 1965 um 21 Uhr der Bundesregierung einen Budgetentwurf vorgelegt, in dem nach der „Dokumentation“ zwar keine Preis- und Tarifierhöhungen vorgesehen waren, aber um 21 Uhr 35 war über vier Punkte noch keine Einigung erzielt. Darunter waren die Investitionskürzungen bei den Österreichischen Bundesbahnen und bei der Post- und Telegraphenverwaltung, die Ermächtigung für den Finanzminister, eigenmächtig Einsparungsmaßnahmen zu verfügen und bei der ausländischen Rüstungsindustrie Waffen und Geräte für das Bundesheer zu kaufen, und Erstellung eines Eventualbudgets.

Für die Verhandlungen über diese vier Punkte standen somit 25 Minuten und für die Prüfung des Budgetentwurfes seitens der SPÖ 60 Minuten zur Verfügung, da die ÖVP eine ultimative Annahme oder Ablehnung der Vorlage forderte. Wie eilig man es mit der

Ing. Thomas Wagner

Demission der Regierung hatte, beweist der Umstand, daß man von der in der Verfassung vorgesehenen Frist bis 24 Uhr keinen Gebrauch machte, sondern bereits um 22 Uhr die vorbereiteten Erklärungen durch den Rundfunk und das Fernsehen veröffentlichte.

Derzeit ist es schon klar bewiesen, daß die Weglassung der Preis- und Tariferhöhungen im Budgetentwurf vom 22. Oktober 1965 nur aus wahltaktischen Gründen zur Irreführung der Wähler erfolgte. In der Nationalratsdebatte am 24. Mai, also genau vor einer Woche, hat Herr Abgeordneter Kratky dem Herrn Finanzminister die Extraausgabe von „Heute und Morgen“ vom November 1965, die als Postwurfsendung an die Haushalte versendet wurde, vorgezeigt, in der folgendes steht: „Das vom Finanzminister Dr. Schmitz in den letzten Verhandlungen vorgelegte und von der SPÖ abgelehnte Budget enthielt keinerlei Preis-, Steuer- und Tariferhöhungen.“ Darunter in dicken Lettern: „Wer das Gegenteil behauptet — lügt!“ Nun, etwa sieben Monate später, wurde das Mineralölsteuergesetz nur mit den Stimmen der ÖVP-Mehrheit beschlossen, das eine Steuererhöhung und damit auch eine Preiserhöhung für Treibstoffe und Heizöl bedeutet. Die Opposition, einschließlich der Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs, stimmte dagegen.

Auf die Frage des Abgeordneten Czettel an den Finanzminister, warum er trotz gegenteiliger Behauptungen während des Wahlkampfes das Gesetz beschließen ließ, antwortete der Minister: „Was ich am 12. Oktober des vorigen Jahres für notwendig gehalten habe, halte ich jetzt für genauso notwendig.“ Das heißt mit anderen Worten, daß der Finanzminister und die Volkspartei die Steuer-, Tarif- und Preiserhöhungen nicht nur am 12. Oktober, sondern bis heute immer für notwendig hielten und auch immer entschlossen waren, diese Erhöhungen in Kraft zu setzen, wie dies der Beschluß des Bundesministerialsteuergesetzes beweist. Die gegenteiligen Darstellungen und Behauptungen der ÖVP-Propaganda in der Zeit vom 22. Oktober 1965 bis 6. März 1966 waren nichts anderes als eine bewußte Irreführung der Wähler. Die Sozialisten haben aber demgegenüber mit ihren Warnungen an die Wähler recht behalten, und ihre Behauptungen haben sich als wahr erwiesen, nämlich daß die ÖVP die Erhöhungen beabsichtigte, wenn sie auch im Entwurf vom 22. Oktober nicht mehr enthalten waren.

Was sollen wir uns, und was sollen sich die Wähler denken, wenn man in der Propagandaschrift „Heute und Morgen“ vom Februar 1966 liest: „Die ÖVP ist entschlossen, folgendes durchzusetzen: 7. Bekämpfung des Preis-

auftriebes; verstärkter Schutz des Schillings vor inflationistischer Politik.“ Was bedeutet aber eine Preiserhöhung anderes als inflationistische Politik? — Die ganze Schillingpropaganda der ÖVP war eine einzige große Irreführung der Masse der Wähler. Seit 1945 stellt die ÖVP den Bundeskanzler, den Finanzminister und den Nationalbankpräsidenten. In erster Linie trug also sie die Verantwortung für die Wertbeständigkeit des Schillings.

Was aus unserem Schilling in dieser Zeit geworden ist, habe ich durch meine Rede anläßlich der Behandlung des Bundesgesetzes, betreffend die Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, am 21. Juli 1965 in diesem Hohen Hause nachgewiesen. Der Wert des Schillings wurde während dieser Zeit auf rund ein Zehntel reduziert. Die gleiche Entwicklung geht unaufhaltsam weiter. Die Inkraftsetzung des Mineralölsteuergesetzes ist wieder ein Schritt auf diesem Wege. Nicht diejenigen, die die SPÖ, sondern jene, die die ÖVP stärken, schwächen den Schilling.

Die Sozialisten und ihre Wähler haben ein lebenswichtiges Interesse an der Erhaltung der Kaufkraft der Währung und des Geldes. Jede Geldentwertung und Kaufkraftverminderung setzt den Lebensstandard der unselbständig Erwerbstätigen und der Pensionisten herunter, schädigt die Konsumenten und die Geldsparer sowie die kleinen und mittleren Bauern und Gewerbetreibenden. Alle diese Gruppen sind mit den Sozialisten an der Erhaltung der Stabilität des Geldes interessiert.

Dagegen haben die Industriellen, die Großagrariere und der Großhandel an hohen Preisen und Preissteigerungen ein Interesse, weil ihr Gewinn umso größer ist, je höher die Preise sind. Diese an hohen Preisen interessierten Kreise bilden die Kerngruppe der Volkspartei und sind ihre Geldgeber. Die Mandatare der Volkspartei können und dürfen daher gegen die Preistreiber nichts unternehmen, und sie sind auch gar nicht gewillt, es zu tun, sondern sie trachten, die Preissteigerungen zu rechtfertigen und zu verteidigen. Wenn also die ÖVP behauptet, nur sie allein bürge für die Stabilität des Schillings, dann ist das eine bewußte oder vielleicht eine unbewußte Unwahrheit. Sie kann und will auch nicht für die Stabilität bürgen, weil das nicht im Interesse ihrer Auftraggeber liegt. Das sind Tatsachen, die aber von der ÖVP den Wählern nicht gesagt werden können, denn wenn sich die Wähler dieser Zusammenhänge bewußt wären, hätten sich viele von ihnen überlegt, ob sie ihre Stimme der ÖVP geben.

Die Unternehmer reden sich immer wieder darauf aus, daß die Gehalts- und Lohnerhöhun-

Ing. Thomas Wagner

gen an der Geldentwertung schuld seien. Wir leben derzeit glücklicherweise noch in einer Wirtschafts- und Sozialordnung mit einer ständig wachsenden Produktion und Produktivität. Wie sollen sich die Unselbständigen ihren Anteil am wachsenden Sozialprodukt verschaffen? Entweder durch höhere Löhne und Gehälter oder durch Ermäßigung der Preise. Da aber die Preise ständig steigen, ist dies nur durch Lohnerhöhungen möglich, und zwar in dem Maße, daß nicht nur die Preiserhöhungen abgefangen werden, sondern darüber hinaus ein gerechter Anteil an der Produktivitätssteigerung übrigbleibt.

Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Abgeordneter Benya, erklärte am 27. Mai dieses Jahres im Fernsehen, daß die Gewerkschafter an Lohnerhöhungen, die keine reale Erhöhung der Einkommen bringen, nicht interessiert sind. Sie verlangen daher von der Regierung energische Maßnahmen gegen den Preisauftrieb. Der Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts spielt sich derzeit auf der Ebene der Löhne und Preise ab. Die Arbeitgeber wollen niedrige Löhne und Gehälter und hohe Preise, die Arbeitnehmer hingegen streben hohe Löhne und niedrige Preise an.

Hier besteht ein realer Interessengegensatz. Das Maß für die Überbrückung dieses Gegensatzes liegt in unserem Geld. Da aber unser Geld dauernd entwertet wird, werden auch die Löhne entwertet. Dadurch wird der Gegensatz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern dauernd geschürt und der soziale Friede ständig gestört.

Das Wichtigste, was wir daher brauchen, ist die Stabilisierung der Preise oder gar deren Ermäßigung. Das Schlimmste auf diesem Gebiete sind Preiserhöhungen, weshalb wir Sozialisten auch das Bundesmineralölsteuergesetz ablehnen, ebenso wie alle übrigen Tarifierhöhungen, die automatisch eine weitere Teuerungswelle auslösen, das wirtschaftliche Gleichgewicht stören und den sozialen Frieden bedrohen.

Wir brauchen auch für die Aufrechterhaltung unseres Außenhandels ein stabiles oder sinkendes Preisniveau, weil wir eine stark passive Handelsbilanz haben. Wenn sich unser Preisauftrieb fortsetzt, wird unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten immer schwächer, wodurch unsere Exporte immer schwieriger werden. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß wir immer das Passivum der Handelsbilanz durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr werden ausgleichen können.

Das Bundesmineralölsteuergesetz wurde mit der Begründung der besseren Finanzierung

des Straßenbaues vom Nationalrat beschlossen. Der § 4 besagt, daß der Ertrag der Bundesmineralölsteuer zur Bedeckung der Erfordernisse des Ausbaues und der Erhaltung der Bundesstraßen zu verwenden ist. Auf Grund dieses Gesetzes werden Mehreinnahmen von 225 Millionen noch in diesem Jahr erwartet. Davon bekommen die Länder und Gemeinden noch in diesem Jahr einen Betrag von 75 Millionen Schilling. Dem Bund verbleiben daher 150 Millionen Schilling. Im außerordentlichen Voranschlag wurden aber für die Bundesstraßen um 125 Millionen Schilling weniger eingesetzt als im Vorjahr.

Es läßt sich leider nur sehr schwer feststellen, um wieviel Straßen in diesem Jahr durch die Erhöhung der Mineralölsteuer mehr gebaut werden, als ohne Erhöhung und Beibehaltung der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1965 hätten gebaut werden können. Wenn man noch berücksichtigt, daß die Baukosten durch die folgenden Preiserhöhungen wieder steigen werden, kommt man zu dem Ergebnis, daß die Wirkung wahrscheinlich gleich Null ist und daß die Probleme des Straßenbaues mit diesem Gesetz weder beim Bund noch bei den Ländern oder Gemeinden gelöst werden können. Die sich durch das Gesetz ergebenden Nachteile für die Gesamtwirtschaft sind offensichtlich größer als die Vorteile, ganz abgesehen von der notwendigen Umstellungs- und Verwaltungsmehrarbeit.

Aus allen diesen Gründen haben die Vertreter der Kraftfahrer, und zwar der ÖAMTC und der ARBÖ, gegen das Gesetz Protest eingelegt.

Die Österreichische Gesellschaft für Straßenwesen hat am 28. Österreichischen Straßentag am 16. Mai dieses Jahres in Oberwart eine Resolution beschlossen, in der folgende Feststellungen gemacht beziehungsweise Forderungen erhoben werden:

„Die geplante Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages kann allerdings nur dann als zielführend akzeptiert werden, wenn dieser Schritt ausdrücklich als Teilmaßnahme deklariert und so rasch als möglich durch eine Erschließung aller Finanzierungsquellen ergänzt wird. Eine Kürzung der außerordentlichen Mittel für den Autobahnbau, wie er im Bundesvoranschlag vorgesehen ist, muß schärfstens abgelehnt werden und kann nur als Notmaßnahme in einem Sparbudget überhaupt verstanden werden. Die Erhöhung der außerordentlichen Dotierung auf mindestens 600 bis 800 Millionen Schilling, auf ein Niveau, das bereits vor Jahren als selbstverständlich gegolten hat, muß mit allem Nachdruck für das Budgetjahr 1967 gefordert werden und

Ing. Thomas Wagner

ist für den Autobahnbau von fundamentaler Bedeutung.

Das Budget für den Ausbau der Bundesstraßen darf keine Beeinträchtigung, sondern muß eine echte Erhöhung erfahren. Die geplante Aufsplitterung des neuen Zuschlages ist daher keine Ideallösung. Es wäre zweckmäßiger, Länder und Gemeinden bei Erfüllung ihrer autonomen Straßenaufgaben durch die Überlassung der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer in voller Höhe zu unterstützen und sie, wenn notwendig, allenfalls durch Übernahme weiterer Straßenzüge zu entlasten, dagegen aber den zweckgebundenen Zuschlag ungeteilt dem Bundesstraßenbau zuzuführen.

Der 28. Österreichische Straßentag appelliert mit allem Nachdruck an das Parlament und die Bundesregierung, den Gesamtkomplex des Straßenbaues mit Vorrang auf die Tagesordnung zu setzen und einer konstruktiven Lösung zuzuführen.“

Dieser Resolution kann man nur beipflichten mit der Ergänzung, daß bei einer konstruktiven Lösung die Interessen der Länder und Gemeinden gleichrangig mit den Bundesstraßen zu wahren sein werden, weil wir nur 9.200 km Bundesstraßen, aber rund 25.000 km Landes- und 57.000 km Gemeindestraßen haben. Dazu kommen noch die Güter- und Wirtschaftswege bei den Gemeinden.

Die wichtigsten Straßen Österreichs sind zwar die Autobahnen und die übrigen Bundesstraßen, aber die zehnmal so langen Landes- und Gemeindestraßen spielen im Bereich der Infrastruktur als Zubringerstraßen eine ebenso wichtige Rolle. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die besteuerten Kraftfahrzeuge alle Straßenkategorien befahren und bei dem raschen Zuwachs der Motorisierung auch auf dem Lande die Landes- und Gemeindestraßen immer stärker belastet werden. Deshalb wäre die Aufteilung der zweckgebundenen, für den Straßenbau bestimmten Einnahmen je zur Hälfte zwischen dem Bund und den Ländern mit ihren Gemeinden nur recht und billig.

Zur konstruktiven Lösung gehört aber auch ein langjähriges Straßenausbau- und -erhaltungsprogramm mit langjährigen Finanzierungsplänen nicht nur für die Bundes-, sondern auch für die Landes- und Gemeindestraßen. Dadurch soll eine rationellere und billigere Bauausführung ermöglicht werden. Durch die jährliche Budgetierung wird sehr oft im Herbst bei schlechtem Wetter die Arbeit forciert, und wenn Schwierigkeiten bei der Beschaffung von geeignetem Material eintreten, wird mit minderwertigem Material gearbeitet, nur um die bewilligten Kredite nicht verfallen zu lassen. Die Folgen sind

dann manchmal katastrophal: Schlechtes Material bei schlechtem Wetter eingebaut, und die Strengberg-Blamage ist da. Zahlen müssen dann auf alle Fälle die Steuerzahler. Den Straßenbenutzern nützt der angebotene Kopf eines Staatssekretärs oder eines Ministers nichts — die Kraftfahrer brauchen gute Straßen!

Mit Ende eines Budgetjahres hört meistens die Bautätigkeit auf, um im Hochsommer und Herbst wieder auf Hohtouren zu kommen und mit Jahresende neuerlich abzureißen. Dazwischen gibt es eine tote Saison mit Unterbeschäftigung und mangelnder Maschinenausnutzung. Auch das kostet Geld, das bei einer richtigen Organisation erspart werden könnte. Bei einem langjährigen Straßenausbaukonzept mit einer durchlaufenden Finanzierung könnte der Leerlauf vermieden werden. Das günstigste Wetter und die Maschinen könnten am optimalsten ausgenutzt werden, was sich sowohl auf die Qualität als auch auf die Kosten günstig auswirken würde.

Schließlich gehört zum Straßenbau noch die wissenschaftliche Forschung, um bessere und billigere Straßenbaumethoden zu entwickeln und dadurch den Ausbau unseres Straßennetzes zu beschleunigen.

Die sozialistische Fraktion der Bundesratsmitglieder kann auf Grund des vorliegenden Sachverhaltes, wie schon erwähnt, dem Antrag des Berichterstatters nicht zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Zum Wort hat sich weiter Herr Bundesrat Brandl gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Brandl (ÖVP): Hohes Haus! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Der vorliegende Gesetzentwurf über die Einführung einer Bundesmineralölsteuer wurde vom Nationalrat mit Stimmenmehrheit angenommen und ist heute Gegenstand der Beratung im Bundesrat. Es nimmt uns nicht wunder, wenn der vorhergehende Redner im Sinne der Beschlüsse seiner Partei auch hier im Bundesrat gegen die Gesetzwerdung schärfsten Protest eingelegt hat.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll nun neben der Mineralölsteuer eine Bundesmineralölsteuer eingeführt werden, damit die Möglichkeit der Beschleunigung des Straßenausbauens in Österreich gegeben ist. Wie wäre es anders möglich, als gerade durch die Einhebung einer Mineralölsteuer bedeutende Mittel für den Ausbau unserer Bundesstraßen aufzubringen?

Der Zuschlag zur Mineralölsteuer von 20 Groschen pro Liter Treibstoff ist eine Bundesabgabe, die zweckgebunden ist. Für

Brandl

den Ausbau der Autobahnen sollen 20 Prozent und für den Ausbau sowie die Verbesserung anderer Bundesstraßen 80 Prozent verwendet werden.

Unser Straßennetz mit einer Gesamtlänge von rund 125.000 km befindet sich noch nicht in einem Zustand, der unseren österreichischen Kraftfahrern oder den zahlreichen Ausländern, die Österreichs Straßen auf ihren Urlaubsreisen oder auf der Fahrt durch Österreich benützen, keinen Anlaß zur Kritik gäbe.

Im Vorjahr haben über 50 Millionen Ausländer die österreichische Grenze mit Autos überquert. In dieser Zahl kommt die besondere Bedeutung guter Straßen zum Ausdruck. Es gilt für Bund, Länder und Gemeinden, alle Anstrengungen zu machen, das Straßennetz so zu gestalten, daß nicht nur volle Sicherheit, sondern auch gute Anschlußverbindungen geboten werden.

Aus den Tageszeitungen müssen wir immer wieder entnehmen, daß kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Unfälle vorkommen und Verkehrstopfer zu beklagen sind. Allein die Pfingstfeiertage haben nach den Berichten der Zeitungen in Österreich wieder 18 Todesopfer gefordert. In vielen Fällen sind die Opfer dem schlechten Zustand unseres Straßennetzes zuzuschreiben. Im Jahre 1964 waren es 2.169 Tote, im Jahre 1965 glücklicherweise um 345 weniger. Nach statistischen Unterlagen ist bei 20 Prozent der Verkehrstopfer der schlechte Straßenzustand die Ursache. Es kann daher mit Recht angenommen werden, daß bei guten Straßen die Zahl der Unfälle sinkt.

Auch die österreichischen Kraftfahrer — um ihre Meinung befragt — erkennen die Notwendigkeit guter Straßen als Voraussetzung für Verkehrssicherheit, Vermeidung von Störungen und rascheres Fortkommen. Mit den derzeit vorhandenen Mitteln für den Straßenbau ist aber weder die zügige Vollendung des begonnenen Autobahnbaues noch der Beginn neuer Projekte gewährleistet. Österreich liegt hinsichtlich des Ausmaßes der Aufwendungen für den Straßenbau hinter Schweden, Deutschland und der Schweiz an vierter Stelle; es ist also notwendig, hier aufzuholen. Beim Normalbezugspreis für Benzin liegen wir im europäischen Raum fast an letzter Stelle. Es ist also nicht unbillig, eine Korrektur vorzunehmen, zumal, wie der Gesetzentwurf zum Ausdruck bringt, die Erhöhung der Mineralölsteuer ausschließlich dem Straßenbau zukommen wird.

Diese Maßnahme ist sicherlich nicht populär und trifft auch den täglich vom Wohnort zur Arbeitsstätte und zurück fahrenden Ar-

beiter und Angestellten. Aber gerade dieser Personenkreis ist, wie eine Meinungsumfrage ergab, bereit, mehr auszugeben, wenn der Straßenzustand ein gefahrloseres und flüssigeres Fahren gestattet. Wenn der Zustand unserer Straßen besser wird, verringert sich ja auch der Treibstoffaufwand.

Dieses Gesetz wird, falls es noch mit dem heutigen Tag verabschiedet wird, bis Ende 1966 voraussichtlich den zusätzlichen Betrag von 225 Millionen Schilling einbringen, und im nächsten Jahr ist mit einem Betrag von zirka 500 Millionen Schilling zu rechnen.

Auch wir als Landesvertreter der Österreichischen Volkspartei sind durch den Verteilungsschlüssel für den Straßenbau nicht voll befriedigt, weil den 9.200 km Bundesstraßen zirka 100.000 km Landes- und Gemeindestraßen gegenüberstehen, doch ist anzunehmen, daß im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen für 1967 eine Änderung des Verteilungsschlüssels zugunsten der Länder und Gemeinden erreicht werden kann.

Die Erhöhung der Steuer auf Mineralöl und Heizöl war bereits mehrmals Gegenstand von Verhandlungen und wurde auch von sozialistischen Funktionären und von sozialistisch verwalteten Gebietskörperschaften gefordert, denn nur durch eine solche Erhöhung ist ein befriedigender Fortschritt im Straßenbau möglich.

Wir von der Österreichischen Volkspartei erkennen die Notwendigkeit dieses Bundesgesetzes und werden daher gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einwand erheben. Aber auch die Entschließung, mit der die Regierung aufgefordert wird, bis zum Herbst dieses Jahres Vorschläge für eine steuerliche Entlastung des Heizöls zu erstatten, findet unsere Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort hat sich weiter Frau Bundesrat Muhr gemeldet. Ich erteile es ihr.

Bundesrat Rudolfine Muhr (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dem Bundesrat liegt ein Gesetz zur Beratung vor, womit eine Erhöhung der Mineralölsteuer für Treibstoff in Kraft treten soll. Der Bundesrat soll also dazu ja sagen, daß weite Schichten unserer Bevölkerung mit Preiserhöhungen belastet werden. Ich möchte zu dieser Frage als Frau Stellung nehmen, denn die Belastung gilt ja nicht nur für die Kraftwagenbesitzer, sondern mit dieser Preiserhöhung werden ausnahmslos alle belastet, auch die Familien.

Nach unserer Bundesverfassung werden alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich behandelt. Der Franzose Anatole France hat diese Gleich-

Rudolfine Muhr

heit der Staatsbürger vor dem Gesetz sehr drastisch ausgedrückt. Er sagt nämlich: Es ist Reichen und Armen gleichermaßen verboten, unter Brücken zu schlafen und betteln zu gehen. So ähnlich kommt mir dieses Gesetz über die Erhöhung der Mineralölsteuer vor. Die tausend Millionäre, die es Pressemeldungen zufolge in unserem Lande gibt, werden genauso 20 Groschen pro Liter Benzin mehr bezahlen müssen wie der Arbeiter und Angestellte, der von seinem Lohn leben muß, und wie der kleine Gewerbetreibende, zum Beispiel der Greißler, der jeden Tag auf den Markt fahren muß, um die Waren einzukaufen, oder auch wie alle Autobusbenützer, die einen Ausflug machen oder mit dem Autobus zu ihrer Arbeitsstätte gelangen wollen. Und natürlich ist auch der Güterverkehr mit der Erhöhung der Mineralölsteuer belastet.

Es ist im Nationalrat und auch hier schon festgestellt worden, daß die Mehreinnahmen aus diesem Titel ausschließlich dem Straßenbau zugute kommen sollen und daß es notwendig ist, mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung zu stellen. Diese Steuererhöhung wird ungefähr 450 bis 500 Millionen Schilling einbringen, das heißt, daß das österreichische Volk mit diesem Betrag belastet ist. Diese Belastung wird eine neue Teuerungswelle mit sich bringen, von der wir nur den Anfang kennen, aber nicht das Ende.

Menschen, die sich in einer guten finanziellen Situation befinden, wird es keine Rolle spielen, wenn sie für Benzin oder Dieselöl um 20 Groschen mehr bezahlen müssen, aber die höheren Kosten für den Gütertransport werden wieder eine Preislawine in Bewegung setzen, denn wer wird denn die höheren Kosten für den Gütertransport bezahlen? Die Industrie, der Handel oder die Detailkaufleute? Nein, das wird auf die Waren und damit auf die Konsumenten überwältigt, und davon sind im besonderen die kinderreichen Familien betroffen, weil sie im Alltag am meisten konsumieren.

Aber nicht nur der Treibstoffpreis wird erhöht, es sollen auch noch andere Erhöhungen beschlossen werden. Wir wissen bereits, daß die Bahntarife erhöht werden, und es ist keine Abgeltung für die Familie, daß ein Familienfahrpreis gewährt werden wird.

Im Haus hat der Abgeordnete Dr. Hauser von der ÖVP erklärt, daß die Regierung sehr daran interessiert ist, daß die Motorisierung fortgesetzt wird. Daß man mit einer erhöhten Motorisierung rechnet, ist ja auch der Grund dafür, daß man erklärt, man brauche mehr Mittel für den Straßenbau. Es wurde festgestellt, daß in Österreich derzeit auf zehn Personen ein Auto kommt. Wie sollen sich aber noch mehr Menschen einen Wagen an-

schaffen? Diejenigen, die es sich leisten können, haben den Wagen bereits. Die Anschaffung eines Autos ist für die arbeitenden Menschen ein Problem, aber ein noch größeres Problem sind die Kosten für die Erhaltung eines Wagens.

Man erklärt immer wieder, wenn Forderungen an den Fiskus gestellt werden, der Finanzminister könne nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Sofort, wenn neue Forderungen erhoben werden, wird nach einem Bedeckungsvorschlag gerufen. In der Familie, im Haushalt, geht es der Hausfrau ähnlich. Die Hausfrau kann auch nicht mehr ausgeben, als sie einnimmt, aber es ist noch nie jemand dagewesen, der für die Mehrausgaben, die von ihr gefordert werden, einen Bedeckungsvorschlag gemacht hätte. Die Hausfrau muß mit diesen Problemen allein fertig werden. Wenn man aber noch bedenkt, daß der Straßenbau infolge der Erhöhung der Treibstoffpreise auch höhere Kosten erfordern wird, dann werden wir abwarten müssen, ob sich die Erhöhung der Mineralölsteuer tatsächlich in einer Vermehrung der Bautätigkeit im Straßenbau auswirken wird.

Da ich vom Wiener Landtag in den Bundesrat entsendet worden bin, möchte ich auch ein paar Worte über die Situation in Wien sagen. Die Gemeinde Wien stellt immer mehr Straßenbahnlinien ein und geht auf den Autobusbetrieb über. Wir bedauern es außerordentlich, daß der Antrag meines Parteifreundes, des Herrn Abgeordneten Kratky, abgelehnt worden ist, der vorsah, daß der Treibstoff für die Autobusse, die dem Verkehr dienen, für die Fahrzeuge der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, der Straßenreinigung sowie der Müllabfuhr von der Erhöhung der Mineralölsteuer ausgenommen werden soll. Es ist ja eine Tatsache, daß diese Fahrzeuge in der Regel nur die Gemeindestraßen benutzen, und für die Erhaltung der Gemeindestraßen muß die Stadtverwaltung selbst aufkommen.

Aber als noch größeres Unrecht, als noch größere soziale Härte sehen wir es an, daß auch das Heizöl höher besteuert werden soll. Jene Haushalte, die von Kohlenheizung auf Ölheizung übergegangen sind, werden jetzt also dafür bestraft. Sie müssen genauso wie die Autofahrer mehr für ihren Treibstoff bezahlen, nun auch mehr für das Heizöl zahlen. Dabei hat die Zimmerheizung — das ist schon sehr oft gesagt worden, und ich wiederhole es — absolut nichts mit dem Straßenbau zu tun. Der Straßenbau wird damit nicht beschwert, daß es Haushalte gibt, die mit Öl heizen. Nach den geltenden Wirtschaftsgesetzen regeln den Preis Angebot und Nachfrage. In Österreich gibt es eine Spezialität: Es wird zu-

Rudolfine Muhr

gegeben, daß das Angebot an Heizöl viel größer ist als die Nachfrage, weil das Heizöl für die Haushalte viel zu teuer ist. Was macht man aber in Österreich? Man ermäßigt nicht den Preis für das Heizöl, nein, man setzt ihn hinauf! Das soll jemand verstehen! Ich verstehe es als Frau absolut nicht.

Die Herren der Österreichischen Volkspartei halten sich sehr viel zugute, daß sie stets für eine gute Familienpolitik eintreten. Ich frage mich: Ist das die gute Familienpolitik, daß sogar die Haushalte höher besteuert werden, damit wir für die Autofahrer, für den Verkehr Straßen bauen können?

Die Regierung hat versprochen, diese Frage im Herbst noch einmal zu überprüfen, sie noch einmal einer Beratung zu unterziehen. Ich frage mich nur: Warum so lange warten? Im September beginnt bereits die Heizperiode. Alle Hausfrauen sorgen sich darum, daß spätestens im September das Heizmaterial angeschafft wird, ob es nun Kohle oder ob es Öl ist. Wenn die Regierung erst im September, bis spätestens 30. September, beginnt, über eine Regelung des Heizölpreises zu verhandeln, dann können wir uns ja vorstellen, wie lange es dauert, bis ein solches Gesetz ins Parlament kommt. Freilich, das Gesetz über die Erhöhung der Mineralölsteuer ist sehr schnell im Parlament gewesen! Vier Wochen ungefähr ist die Regierung im Amt. Dieses Gesetz ist also mit einer Raketengeschwindigkeit im Parlament durchgepeitscht worden. Aber für eine Neuregelung, die die Härten beim Bezug von Heizöl beseitigt, soll ein Schneckentempo eingeschlagen werden. Das sollen die Hausfrauen verstehen! Ich glaube kaum, daß es eine einzige gibt, die das verstehen wird. Dazu kann man nur sagen: Das ist „Politik für alle Österreicher“ — aber eine schlechte Politik! Darum werden wir dem Antrag des Herrn Berichtstatters auch nicht unsere Zustimmung erteilen können.

Ich darf im Gegenteil namens der sozialistischen Fraktion dem Hohen Bundesrat einen Entschließungsantrag vorlegen, und ich ersuche, diesen Entschließungsantrag anzunehmen. Wir schlagen darin vor:

„Im Hinblick auf die Verteuerung aller Mineralöle, von der — völlig ungerechtfertigterweise — die Benutzer von Heizöl nicht ausgenommen wurden, wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich“ — also nicht erst im September — „eine Regierungsvorlage zuzuleiten, wonach die Benutzer von Heizöl von der erhöhten steuerlichen Belastung von der Bundesmineralölsteuer ausgenommen werden.“

Dieser Antrag entspricht nicht nur den Wünschen der sozialistischen Fraktion, sondern auch den Wünschen der Familie. Er entspricht aber auch den Wirtschaftsgesetzen, denn man wird mehr Heizöl absetzen können, wenn der Preis niedriger ist. Ich ersuche den Hohen Bundesrat daher nochmals, der Entschließung der sozialistischen Fraktion die Zustimmung zu erteilen.

Den Gesetzesbeschluß des Nationalrates auf Erhöhung der Mineralölsteuer müssen wir ablehnen, wie Herr Bundesrat Wagner bereits gesagt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß der Entschließungsantrag genügend unterstützt ist. Er steht daher zur Debatte.

Zum Wort hat sich weiter Herr Bundesrat Franz Mayer gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Franz Mayer (SPÖ): Hohes Haus! Mein Vorredner Bundesrat Brandl hat die Bemerkung gemacht, daß die Kraftfahrer die Preiserhöhung mit Freude begrüßen und ihr die Zustimmung geben; so sind mir seine Worte zumindest vorgekommen. Ich würde dem Bundesrat Brandl und der ÖVP im allgemeinen empfehlen, eine Urabstimmung unter den Kraftfahrern Österreichs vorzunehmen. Sie werden entsetzt sein über die „Freude“, die dieses Gesetz auslöst. *(Bundesrat Bürkle: Das ist bei jeder Steuer! — Bundesrat Dr. Pitschmann: Aber sie wollen auch gute Straßen!)* Dann soll man aber die Kraftfahrer nicht frozeln. *(Bundesrat Bürkle: Wer hat sie denn gefrotzelt?)*

Weiter hat er betont, eine Meinungsforschung unter den Arbeitern — ich weiß nicht, wo sie durchgeführt wurde, das hat er nicht gesagt — hätte ergeben, daß auch sie mit „Begeisterung“ *(Bundesrat Ing. Harramach: Machen Sie eine Urabstimmung unter den Arbeitern!)* — nein? —, ich nehme die „Begeisterung“ zurück, mit Zustimmung auf dieses Gesetz reagiert hätten. Ich würde empfehlen, sich nur in Traiskirchen zum Semperit-Werk zu stellen und dort nicht nur alle Arbeiter, sondern alle, die ein Kraftfahrzeug, ob Moped oder Pkw, haben — es sind dort sehr viele —, zu befragen. Ich weiß nicht, wo die Meinungsforschung durchgeführt wurde *(Bundesrat Krainer: Im Fernsehen war es!)*, von der er gesprochen hat, aber dort bekäme er eine ablehnende Antwort. Semperit ist ein Betrieb auf der Südbahnstrecke, und seien Sie versichert, Sie können sämtliche Betriebe von Mödling beginnend bis Neunkirchen durchgehen, Sie werden nirgends, auch von den christlichen Gewerkschaftern nicht, Zustimmung bekommen, so wie es hier vorgebracht wurde.

Man konnte in den letzten Tagen in Wien das Plakat mit dem Kopf von Dr. Klaus

5836

Bundesrat — 239. Sitzung — 31. Mai 1966

Franz Mayer

sehen — ich weiß nicht, wieweit es in den Bundesländern auch plakatiert wurde —, wo er so nett herunterlächelt. Es ist mit dem Text versehen: „Eine Politik für alle Österreicher“. Das heute vorliegende Gesetz berechtigt uns zu der Meinung oder sogar zu der Behauptung, daß dieser Text eine Frotzelei den österreichischen Verbrauchern gegenüber ist, aber insbesondere gegenüber den arbeitenden Menschen. (*Bundesrat Dr. Gasperschitz: Und wenn die Gemeinde Wien die Straßenbahntarife erhöht, sind dann die Arbeiter einverstanden?*) Sind sie schon erhöht? Warum werden Sie so nervös? (*Bundesrat Bürkle: Sie werden erhöht werden müssen, sonst krepieren sie!* — *Bundesrat Novak: Das wird im Wiener Gemeinderat besprochen werden! Das können doch wir nicht ändern!* — *Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sind die Herren von der ÖVP fertig mit ihren Bemerkungen? (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Nur nicht nervös werden!*) Ich will Sie nicht unterbrechen. Soviel Anstand habe ich, um Sie ausreden zu lassen, denn ich habe Zeit. (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Wir auch!* — *Bundesrat Dr. Gasperschitz: Bis morgen!*) Dann haben wir wenigstens ein Gemeinsames. Wir kommen langsam irgendwie einander näher.

Es möge daher bei diesen Plakaten eine Überlegung angestellt werden: Wenn man es mit der ÖVP-Brille liest, dann könnte man zu folgendem Text kommen: Eine Politik für alle Preistreiber, aber nicht für alle Österreicher. Kein Einwand? — Dann ist es bestätigt. Ich danke Ihnen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.* — *Bundesrat Bürkle: So viel Arroganz!*) Denn das zur Debatte stehende Gesetz öffnet allen Preistreibern Tür und Tor. Das wurde von den Vorrednern meiner Fraktion heute zum Teil schon ausgeführt. Ich möchte das nur noch einmal etwas klarer gesagt haben. (*Bundesrat Ing. Harramach: Haben es die anderen unklar gesagt?*) Vielleicht haben sie die Dinge nicht so scharf formuliert, wie ich es getan habe. (*Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Wenn die Aufwertung des Bundesrates Preistreiberei ist, dann sind Sie, Herr Kollege, kein Preistreiber!* — *Heiterkeit.*) Sehr nett, daß Sie das sich selbst überlassen.

Im Zusammenhang mit dem 1. Mai steht eine Bemerkung, die der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus gemacht hat. Ich beziehe mich auf Ihr Parteiblatt, nicht auf die „AZ“, denn die könnte es ja „verdrehen“. Unter anderem sagte der Herr Bundeskanzler: „Die Mitglieder der Bundesregierung und ich kennen uns immer wieder als die Vertreter aller arbeitenden Menschen.“ (*Bundesrat Porges: So schaut es aus!*) Ein paar Tage darauf

läßt er im Parlament das heute bei uns zur Debatte stehende Gesetz einbringen und auch beschließen — ein Gesetz, das sich ausschließlich gegen die arbeitenden Menschen richtet. (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Wann schließt ihr euren Landeshauptmann Sima wie seinerzeit Olah aus, der 30 Groschen Erhöhung wollte?*) Herr Dr. Pitschmann, etwas deutlicher reden, ich verstehe Ihren Dialekt nicht. (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Die ganze SPÖ Kärntens hat im Landtag 30 Groschen verlangt!*) Bitte? Ich habe Sie leider wirklich nicht verstanden. (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Im Kärntner Landtag hat die SPÖ-Mehrheit sogar eine noch weitergehende Erhöhung gefordert! Wider die Parteidisziplin!* — *Bundesrat Porges: Er braucht einen Dolmetsch!*) Ich habe Sie nicht verstanden, ich kann Ihnen nicht antworten. Tut mir leid. Vielleicht kann es mir jemand anderer verdolmetschen.

Es ist daher nicht verwunderlich — ich bin zwar überzeugt, daß meine Worte neuerlich eine kleine Entrüstung hervorrufen werden —, daß die Funktionäre des ÖAAB in den Betrieben derzeit merklich ruhig sind. (*Bundesrat Dr. Gasperschitz: Weil sie zufrieden sind!*) Es ist anzunehmen, daß sie sich die „Politik für alle Österreicher“ anders vorgestellt haben, als es uns nun die Wirklichkeit zeigt. Denn bei der Politik Ihrer Partei, der Politik der Preistreiberei (*Widerspruch bei der ÖVP*), können sie nicht mehr so wie bisher eine Lizitationspolitik gegenüber den sozialistischen Gewerkschaftern betreiben. (*Bundesrat Dr. Gasperschitz: Ihre Rede werden wir dem Bürgermeister von Wien vorhalten, wenn die Straßenbahntarife erhöht werden!* — *Bundesrat Schweda: Wir reden von den Dingen, die hier zur Debatte stehen!* — *Bundesrat Marek: Wir werden über die Benachteiligung Wiens einmal reden, aber sehr deutlich!*) Der Herr Bürgermeister ist ja selber da. Er kann Ihnen besser Antwort geben als ich. Bitte, Herr Kollege, wenden Sie sich an ihn. (*Bundesrat Marek: Mit Demagogie kann man keine Wirtschaftsprobleme lösen!* — *Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der ÖVP.* — *Bundesrat Marek, zur ÖVP gewendet: Das ist an Ihre Adresse gerichtet! Wenn Sie beginnen, über die Tarifpolitik zu reden, dann reden wir über die Benachteiligung Wiens! Dann werden wir sehr deutlich darüber reden!*) Lieber Freund, es wundert mich, daß keiner sagt: Das steht nicht zur Debatte. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Die Methoden des ÖAAB lassen sich auf Grund der gegenwärtigen Politik der Regierung in den Betrieben nicht mehr praktizieren, obwohl diese Methoden von der KP herübergerettet wurden. Ich kann das zumindest aus meinem Gebiet feststellen. Eine

Franz Mayer

ganz erkleckliche Anzahl von ehemaligen KP-Funktionären sind heute aktivste ÖAAB-Funktionäre. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das ist die schwarz-rote Volksfront. Reden wir nicht darüber, denn das ist unangenehm, das ist die Wirklichkeit. (*Bundesrat Ing. Harramach: SPÖ-KPÖ bei der ÖMV! Daher die Koalition!*) Die KP-Funktionäre in der ÖMV, im Ölfeld sind gerade bei euch die aktivsten. (*Bundesrat Novak: Gerade bei der ÖMV sind die KPler zur ÖVP gegangen! Das Ölfeld kennt er nicht!*) Aber wahrscheinlich ist der Kollege vom ÖAAB. Ich kann es verstehen, daß er ein bißchen nervös wird.

Herr Handelsminister Bock hat vor kurzem eine interessante Feststellung gemacht, als er über die Generalreform der Wirtschaftspolitik sprach. Man konnte deutlich heraus hören, daß Lohnerhöhungen eine Preissteigerung nach sich ziehen. Wir Sozialisten stehen nicht an, dem Herrn Handelsminister zuzustimmen, wenn er in der Lage ist, die Preise stabil zu halten, denn die arbeitenden Menschen sind absolut nicht daran interessiert, eine Lohnpolitik zu betreiben, die ihnen letzten Endes weniger ins Lohnsackerl bringt als jetzt. Die Situation ist aber so — wir konnten das in der Vergangenheit an verschiedenen Beispielen zur Genüge feststellen —, daß die Preise immer den Löhnen weit voraus sind, und ich nehme an, daß mir die christlichen Gewerkschafter zustimmen, wenn ich sage, daß die arbeitenden Menschen nicht immer zurückbleiben dürfen, daß ihr Realeinkommen infolge der Preiserhöhungen nicht immer geringer werden darf.

Das uns nun vorliegende Gesetz macht bedauerlicherweise den Anfang zu weiteren Verteuerungen, wodurch folglich das Realeinkommen der arbeitenden Menschen in unserem Lande wieder geringer wird. Man kann da nur sagen: So sieht die Rede des Herrn Bundeskanzlers zum 1. Mai aus, und so sieht die Wirklichkeit aus. Durch all diese Verteuerungen — von der Regierungspartei und von der Regierung selbst wurden auch bereits verschiedene Tarifänderungen bei Bahn, Post und so weiter angekündigt — ergibt sich zwangsläufig eine Verminderung des Realeinkommens der arbeitenden Menschen, und die Gewerkschaften werden auf Grund dieser Situation eines Tages gezwungen sein, Lohnerhöhungen zu verlangen. Dem werden sich, seien Sie dessen gewiß, auch die christlichen Gewerkschafter im Österreichischen Gewerkschaftsbund nicht verschließen können, wenn sie ihr Gesicht in der Gewerkschaft nicht verlieren wollen, denn im Nationalrat und wahrscheinlich heute auch hier Maßnahmen

zuzustimmen, die sich gegen die arbeitenden Menschen richten, draußen aber die biederen Gewerkschafter zu spielen, das wird in der Zukunft nicht mehr gut möglich sein, irgendwo kommt es dann zu einer Diskrepanz.

Wir können feststellen, daß durch dieses Gesetz tausende Haushalte in dreifacher Form benachteiligt sind: erstens, wenn sie selbst einen Pkw haben, zweitens, wenn sie eine Heizölfeuerung ihr eigen nennen, und drittens, weil sie in die Kategorie aller Verbraucher fallen und somit auch alle diese Verteuerungen tragen müssen. Das ist — da können Sie jetzt sagen, was Sie wollen — eine Härte den Verbrauchern und diesen tausenden Haushalten gegenüber, und das alles führt zwangsläufig, ohne daß es die Gewerkschaften wollen, zu Forderungen. Das ist dann für uns — mein Freund Wagner hat schon betont, welche Stellungnahme Präsident Benya gerade in diesem Zusammenhang abgegeben hat — kein ertreuliches Moment, sondern eine aus der Situation geborene Forderung. Da kann man wieder nur sagen: Wahrlich, eine Politik für alle Österreicher! Es ist eine Politik, bei der nur die Hinaufnumerierer profitieren, während die arbeitenden Menschen die Zahlenden sind.

Das heute zur Debatte stehende Gesetz und die kommenden zeigen deutlich, daß die Wähler, seit es ein republikanisches Österreich gibt, noch nie so hinters Licht geführt wurden wie vor dem 6. März durch die ÖVP, wurde doch jeder, der behauptete, die ÖVP will eine Preis-, Steuer- und Tarifierhöhung, der Lüge bezichtigt. Falls jemand Zweifel hegen sollte: Ihr eigenes Flugblatt bestätigt das schwarz auf weiß. Die Wirklichkeit zeigt sich in dem heute zur Behandlung stehenden Gesetz.

Die ÖVP glaubt besonders schlau zu sein, wenn sie jetzt in hektischer Eile all die unangenehmen Gesetze im Nationalrat und im Bundesrat durchpeitscht und dann den Wählern bis 1970 ein paar lächerliche Steuerermäßigungen als Zuckerl vorlegt. Ich kann Ihnen sagen: Sie müssen die österreichischen Wähler wirklich für dumm halten! (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Ihr haltet sie für dumm! — Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Die waren schon am 6. März ganz gescheit!*) Glauben Sie? Haben Sie wirklich diese Empfindung? Haben Sie kein schlechtes Gewissen dabei? (*Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Nein!*) Dann sind Sie sehr hartgesotten! Ich glaube nicht, daß sich der österreichische Wähler ein zweites Mal so hinters Licht führen läßt. (*Bundesrat Krainer: Vor dem 6. März haben Sie das auch nicht geglaubt!*) Wir haben da andere Erfahrungen: Zuerst hat man jeden der Lüge bezichtigt, und heute wird es beschlossen.

Franz Mayer

Die Sozialisten werden — dessen können Sie gewiß sein — den Wählern klar und deutlich sagen, was Sie ihnen vor dem 6. März nicht gesagt haben und was in der Zwischenzeit alles geschehen ist und daß Sie sicherlich noch mit manchen Gesetzen kommen werden, heuer, vielleicht auch noch nächstes Jahr, die für den allgemeinen Verbraucher in Österreich keine Vorteile, sondern nur Belastungen bringen. Ich würde Ihnen aber empfehlen, sich ein Ärzteteam in Ihren Klub zu nehmen, denn so groß ist Ihre Mehrheit bei der Beschlußfassung über derartige Gesetze auch wieder nicht, daß Sie bei einer Grippewelle nicht sehr vorsichtig sein müßten. *(Bundesrat Römer: Die trifft ja dann alle! Die Grippewelle trifft Sie ja auch!)* Wir beugen in dieser Richtung schon vor. *(Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Wir auch!)* Seien Sie nur vorsichtig! Es wäre also günstig, vom hohen Roß herunterzusteigen *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Wir sind gar nicht hinaufgestiegen!)*, mehr parlamentarische Zusammenarbeit zu üben, mehr für das österreichische Volk zu tun. Unser ganzes Streben und Handeln richtet sich so wie in der Vergangenheit nach wie vor auf das Wohl des österreichischen Volkes. Ob Sie auch dieses ehrliche Wollen haben, muß erst unter Beweis gestellt werden. Die letzte Vergangenheit und die Gegenwart beweisen uns das noch nicht.

Es liegt daher für uns auf der Hand, diesem Gesetz die Zustimmung zu verweigern. Die ÖVP möge in der Zukunft mehr *(Ruf bei der ÖVP: ... Straßen bauen!)* für den Parlamentarismus tun als bisher und bessere Gesetze durch Zusammenarbeit schaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Weiter ist zum Wort gemeldet Herr Bundesrat Dr. Pitschmann. Ich erteile es ihm.

Bundesrat DDr. Pitschmann (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seit dem 6. März verbrauchen sozialistische Zeitungen, Broschüren und Zeitschriften tonnenweise Papier, um Abhandlungen darüber zu pflegen, warum die SPÖ in der österreichischen Bevölkerung unglaublich geworden ist. Die SPÖ bemüht sich anscheinend weiterhin, dieser bis zum 6. März festzustellenden Übung treu zu bleiben. Sie verwehrt durch ihr heutiges Nein mehr Mittel für den Straßenbau, obwohl sie genau weiß, daß wir eine entsetzliche Motorisierungs- und Verkehrslawine auf uns zurollen sehen. Sie kann eben ihre Vergangenheit doch nicht verwinden; diese war ja bekannterweise straßen- und motorisierungsfeindlich.

Ich darf ganz bescheiden an die Worte der SPÖ erinnern, als seinerzeit Finanzminister

Kamitz den Plan entwarf, den Ausbau der Autobahnen in Österreich wiederaufzunehmen. Damals sprach man von einem Aprilscherz. Später, als Autos von der Sozialistischen Partei noch als Luxusartikel bezeichnet wurden, beantragte man, den Autozoll zu erhöhen. Heute sagt die SPÖ nein zu einem Mineralölsteuerzuschlag von 20 Groschen. Also keinen Groschen, weder für den Bund noch für die Länder noch für die Gemeinden! Eine halbe Stunde oder eine Stunde später wird sie dann von diesem Nichts auf 112 Millionen Schilling für die Länder und Gemeinden springen. Jetzt will sie nichts und später dann plötzlich aus einem Nichts heraus 112,5 Millionen Schilling! *(Bundesrat Porges: Lesen Sie unseren Minderheitsbericht!)* Ihren Minderheitsbericht habe ich gelesen und gehört. Die Sozialistische Partei benimmt sich wie ein dem Verdurstenden Naher, dem man drei viertel Liter Wasser geben will, der aber nein sagt und neun achteil Liter will. Wir hören Sie sagen: Nein, ich will nicht 75 Millionen, ich will 112,5 Millionen. Allein in Kärnten scheint jetzt ein frischer Wind für die SPÖ zu wehen. Dort scheinen sich für Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, glücklicherweise einige Lichtblicke aufzuzeigen. Dort hat die SPÖ-Mehrheit beantragt, 30 Groschen statt 20 Groschen Mineralölsteuerzuschlag einzubauen. *(Bundesrat Krainer: Einstimmig angenommen!)*

Jedermann in Österreich, auch alle hier auf der linken Seite Sitzenden, weiß, daß der Verkehr auf den Straßen im Eilzugstempo voraneilt, daß wir in wenigen Jahren die doppelte Anzahl von Fahrzeugen wie heute haben werden. Wenn wir so weiterbauen wie mit den bisherigen Mitteln im Straßenbau, dann werden wir in wenigen Jahren einem totalen Chaos auf den Straßen zusteuern. *(Bundesrat Schweda: Das kommt davon, wenn man doppelt bauen muß! Siehe Strengberge!)* Es wird immer wieder Menschen geben, die Fehler machen, ob sie nun bei dieser oder bei jener Partei sind. *(Bundesrat Porges: Auf Kosten der Steuerzahler! Mit einigen hundert Millionen Schilling!)* Diese Firmen werden entsprechend herangezogen werden, um ihre Fehler selber zu berappen. *(Bundesrat Novak: Das steht noch nicht fest, ob die Firmen zahlen werden!)* Das steht noch nicht fest, denn das Gericht wird entscheiden und nicht wir. *(Bundesrat Porges: Sie sind ein Wirtschaftsvertreter!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ist es nicht geradezu unverantwortlich, Autos und Benzin zur Verfügung zu stellen, dem Staatsbürger aber zu verweigern, auf ordentlichen, verkehrssicheren Straßen fahren zu können? Wenn man so handelt, verliert man Treu und Glauben in der Bevölkerung, weil man keinen Mut zur Wahrheit hat. Der Benzinpreis, den

DDr. Pitschmann

wir heute haben — morgen nicht mehr —, ist fünfzehn Jahre alt. Was ist in diesen fünfzehn Jahren alles geschehen? Der Benzinpreis ist allein durch die Geldwertverdünnung und durch die Qualitätsverbesserung sehr merklich niedriger geworden. Auch morgen ist der Benzinpreis noch viel niedriger als vor zehn Jahren, wenn ich die Geldwertverdünnung und die Qualitätsunterschiede in Betracht ziehe. Wenn das SPÖ-Argument wahr wäre, daß diese 20 Groschen Zuschlag nach fünfzehn Jahren eine Preislawine auslösen müssen, dann wären wir, alle Österreicher, längst unter einer ganzen Menge von Preislawinen umgekommen. (*Bundesrat Porges: Sie werden sich wundern, was noch alles kommt!*) Wenn wir annehmen, daß ein Mittelklassewagen im Monat 500 km fährt, macht die Verteuerung etwa 15 S aus. Im übrigen wird ja für diese 20 Groschen eine merkliche Mehrleistung, eine merkliche Gegenleistung geboten: Bessere Straßen bedeuten Zeitgewinn, und Zeit ist Geld. Sie bedeuten also auch materiellen Gewinn. Man wird auf besseren Straßen weniger Benzin brauchen, man wird sicherer fahren. Gerade Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, haben das so berechtigte Motto „Leben hat Vorrang“ unterstützt, ein Motto, das auch hier gilt. Die Autos werden auf besseren Straßen geschont und leben länger, also auch hier eine merkliche Einsparung für alle arbeitenden Menschen. (*Bundesrat Porges: Eine Maut wird gezahlt werden!*)

Gute Straßen haben auch eine betont fremdenverkehrs-fördernde Wirkung. Sie alle werden wissen und gerne bestätigen, daß der österreichische Fremdenverkehr eine der tragenden Säulen des wirtschaftlichen Wohlstandes in Österreich ist. (*Bundesrat Doktor Fruhstorfer: Wenn alles teurer wird, werden nicht mehr so viele Fremde kommen! — Bundesrat Porges: Reden Sie ruhig weiter!*) Nein! Kein einziger Fremder wird wegen des Benzinpreises weniger kommen, und kein Liter wird von den Fremden weniger getankt werden.

Zur Stellungnahme des ÖAMTC möchte ich sagen: Ich bin selber ein langjähriges, sogar gutes Mitglied, ich war ehemals sogar Delegierter dieses Vereins. Aber in dieser Frage hat es sich dieser sehr ehrenwerte und nützliche Verein doch etwas zu leicht und zu billig gemacht, indem er sagte, man könne nicht den Straßenausbau einseitig fördern, also ihn den Autobesitzern auferlegen. Es ist auch nicht damit getan, deswegen zu protestieren, weil mit 450 Millionen Schilling die Misere eben doch nicht gelöst werden kann. Das ist sicherlich kein tragendes Argument. Wenn es sich der Gesetzgeber so leicht machen würde wie der ÖAMTC, dann könnte er vorschla-

gen — woran man niemals denken wird —, etwa einen Teil der Mitgliedsbeiträge des ÖAMTC, also auch Mittel von Straßenbenutzern, für den Straßenausbau heranzuziehen. (*Bundesrat Porges: Das ist keine schlechte Idee! Der Mautner-Markhof wird sich freuen!*) Ich frage den ÖAMTC wie alle anderen: Wer soll denn den besseren Ausbau der Straßen bezahlen? Sollen das die Fußgänger tun, die Eisenbahnbenutzer, die Pensionisten, die Benutzer der Schiffe oder der Flugzeuge? Doch wohl in erster Linie die, die die Straßen benutzen. (*Bundesrat Maria Leibetseder: Öl-ofen fahren nicht auf der Straße!*) Ich komme darauf noch zu sprechen.

Wie wirklichkeitsfremd die SPÖ mit ihren Exponenten und Organisationen geworden ist, dafür zwei Beispiele: ARBÖ und Broda. Der ARBÖ und Broda schlugen vor, die Kraftfahrzeugsteuer aufzulassen und sie auf den Benzinpreis umzulagern. Österreich wäre der erste Staat, der eine eigene Steuer Fremden, ausländischen Gästen, auferlegen würde. Was das für Folgen der Reziprozität mit sich gebracht hätte, kann man sich leicht vorstellen, denn das Ausland reagiert sehr empfindlich auf solche Dinge. Es wäre vollkommen unverantwortlich, die Ausländer mit dazu heranzuziehen, um den Österreichern zu helfen, ihre Kraftfahrzeugsteuer zu bezahlen.

Diese Verumlagerung der Kraftfahrzeugsteuer auf das Benzin wäre auch ausgesprochen asozial, denn der Berufsfahrer, der jeden Tag weit zur Arbeit fahren muß, würde dann, weil er viel Benzin braucht, mehr „Kraftfahrzeugsteuer“ bezahlen als bisher, während derjenige, der nur am Sonntag ein paar Stunden spazieren fährt und im übrigen die ganze Woche mindestens 20 m² ausgebaute Straße mit seinem Fahrzeug blockiert, der Kraftfahrzeugsteuer fast vollkommen entgehen würde. Das wäre also eine ausgesprochen asoziale Maßnahme, die vom ARBÖ und Exminister Dr. Broda vorgeschlagen wurde. (*Bundesrat Porges: Das hat uns noch gefehlt!*) Ja, es wird Ihnen noch mehr fehlen. (*Bundesrat Porges: Dr. Pitschmann als Vertreter der sozialen Interessen!*) Ich weiß, es fehlt Ihnen, gelegentlich einmal die Wahrheit, die nackte Wahrheit zu hören. (*Bundesrat Porges: Eine neue Rolle für Sie, Herr Doktor!*)

Statt dessen kann man es durchaus vertreten, daß derjenige Autofahrer, der den Wagen vielleicht nur einmal zum Spazierenfahren benützt, auch über den Benzinpreis ein bißchen dazu beiträgt, daß sein Parkplatz mitfinanziert wird, dessen Bau auch viel Geld gekostet hat und der auch bei der Schneeräumung und so weiter Geld kostet. (*Bundesrat Mayrhauser: Kollege Pitschmann kauft dann*

DDr. Pitschmann

sein Benzin in der Schweiz!) Das habe ich noch nie gemacht! Im übrigen wird es auch künftighin nicht interessant sein, in der Schweiz Benzin zu kaufen, weil es dort auch künftighin nicht billiger sein wird. (*Bundesrat Dr. Fruhstorfer: Ab morgen ist es bei uns teurer als in der Schweiz!*) Es sind vier Groschen Unterschied. Wegen vier Groschen lohnt es sich nicht, hinüberzufahren. Das würde höchstens jemand machen, der vom Wirtschaften keine Ahnung hat. Wer fährt wegen vier Groschen pro Liter in die Schweiz hinüber? Da braucht er ja für die Fahrt viel mehr, als er gewinnen kann! (*Bundesrat Schweda: Kaufen Sie nur einen Liter?*)

Österreich zählt auch ab morgen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, noch zu den Ländern Europas mit dem billigsten Benzinpreis (*Bundesrat Dr. Fruhstorfer: Die Schweiz ist billiger!*), obwohl wir den teuersten Straßenbau deswegen haben, weil bei uns geologisch sehr ungünstige Verhältnisse vorliegen und auch geographisch in Österreich durch die lange Ausdehnung eine schwierige Verkehrssituation besteht. Außer der Schweiz ist in keinem Land Europas der Straßenbau so teuer wie in Österreich, hauptsächlich eben wegen der geologischen Beschaffenheit.

Ich habe schon gesagt, daß kein Ausländer der Benzinpreiserhöhung wegen nicht mehr nach Österreich fahren oder deswegen nicht mehr in Österreich tanken wird. Seien wir froh, daß die Fremden mit dazu beitragen, die Straßen in Österreich zu finanzieren.

Es wird niemand bestreiten, daß wir einen außerordentlich großen Nachholbedarf auf dem Straßenbausektor haben, der mit den bisherigen und vielleicht auch mit den jetzigen Maßnahmen nicht richtig, nicht befriedigend gedeckt werden kann. Wir werden weitere Möglichkeiten suchen, um die Straßen einigermaßen dem Verkehr anzupassen. Es ist auch nicht zumutbar, daß die heutige Generation den ganzen Nachholbedarf und auch den Zukunftsbedarf allein zu decken hat.

Dr. Heinz Brantl hat am Donnerstag, dem 26. Mai, ausgerechnet, als wir auf dem Semmering waren, der ÖVP, der Regierungspartei, einen sehr, sehr großen Gefallen erwiesen. Er hat über das Fernsehen eine sehr breite Volksbefragung durchgeführt und wahrscheinlich nicht sehr zu seiner Freude feststellen müssen, daß fast alle mit dieser zweckgebundenen Mineralölsteuererhöhung einverstanden waren, und er hat praktisch nur arbeitende Menschen befragt.

Im Waldviertel — so habe ich heute gehört — sollen Plakate mit den Namen derjenigen angeschlagen sein, die gegen und die für das

Mineralölsteuergesetz im Nationalrat gestimmt haben. Dabei soll sich folgendes herausgestellt haben: Die Dienstwagenfahrer, die das Benzin und auch das Auto nicht selber zu zahlen haben, sind gegen das Gesetz gewesen, und die Eigenwagenfahrer, die das Benzin kaufen müssen, haben für das Gesetz gestimmt. Da kann man nur sagen: Bravo!

Was den Ofenheizölpreis betrifft, muß man feststellen, daß hier die Koalition bisher sicherlich ein sehr, sehr großes Versäumnis begangen hat. Es muß ein Weg gefunden werden, davon abzukommen, Heizölverbraucher in einem derartigen Ausmaß zur Straßenfinanzierung mit heranzuziehen. Ich bin überzeugt davon, daß es der ÖVP-Regierung auch hier gelingen wird, ihr Wort zu halten und bis zum Anlaufen der vollen Heizperiode eine entsprechende Regelung zu treffen, die auch rein wirtschaftlich notwendig ist, weil wir ja auf unserem Gasöl sitzenbleiben. (*Bundesrat Porges: Warum nicht gleich?*) Was die Koalition in 20 Jahren versäumt hat, kann man nicht in wenigen Wochen reparieren! (*Bundesrat Porges: Warum nicht gleich? Wir haben unsere Anträge eingebracht!*) Warum haben Sie sich nicht früher gewehrt, als Sie noch in der Regierung gesessen sind? Dort wären Sie vielleicht eher zum Durchbruch gekommen! (*Bundesrat Porges: Unsere Anträge liegen vor! Warum nicht gleich?*)

Im übrigen wird es uns alle mit besonderer Genugtuung erfüllen, daß ernstliche Verhandlungen zwischen dem Mineralölhandel und dem Bundesministerium für Handel und ..., dem entsprechenden Bundesministerium im Gange sind (*Bundesrat Hella Hamalik: Die Kompetenzverwirrung!*), wonach die Großhändler den Tankstellen 5 Groschen mehr Provision pro Liter Mineralöl geben sollen. (*Bundesrat Mayrhauser: Und vorher 200 t zollfreie Einfuhr, damit sie ein Geschäft machen! — Bundesrat L. Wagner: Das hat er vergessen!*)

Dr. Brantl hat im Fernsehen aufgezeigt, daß es in der Mineralölsteuerschlacht glücklicherweise nur einen Verlierer gibt, und das ist die Opposition um jeden Preis. Die SPÖ vermochte nicht, mit Halbwahrheiten über die Wahrheit hinwegzutäuschen, daß der Staat die Summe aller Staatsbürger ist. Was der Staat über den Umweg des Budgets zu leisten hat, muß er sich immer erst aus den Taschen seiner Bürger holen. Alle mit allem zu belasten, ist daher in Wirklichkeit die größte Ungerechtigkeit und zugleich die asozialste Vorgangsweise. Solange die SPÖ diese Wahrheiten nicht anerkennt, wird sie bei den Wählern auch künftighin kein Glück, keine Glaubwürdigkeit haben.

DDr. Pitschmann

(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Hella Hanzlik: Sie brauchen sich über unsere Glaubwürdigkeit keine Sorgen zu machen! — Bundesrat Porges: Das sind Handelskammerweisheiten!)

Kollege Bundesrat Wagner hat mit seiner Vorlesung viel in die Vergangenheit geblickt und dabei ein wenig die Zukunft verschlafen. Er hat von Bundesbahntariferhöhungen gesprochen. Wir werden aber auch nach diesen Erhöhungen weitaus die billigsten Tarife Europas haben. *(Bundesrat Dr. Fruhstorfer: Wir haben auch die niedrigsten Löhne!)* Man dürfte es eigentlich nicht einmal in diesem Hause sagen, wie in den letzten zehn Jahren oder, besser gesagt, seit 1945 der Oberbau bei den Bahnen verschlampt wurde, weil ansonsten der Fremdenverkehr darunter leiden könnte. Es wird nie gesagt, woher die Mittel kommen sollen, um den dringend notwendigen Ausbau der Bahn und der Straßen zustande zu bringen. Man ist nur immer dagegen, daß man diejenigen entsprechend mitzahlen läßt, die den Vorteil der Straßen- und Bahnbenützung haben.

Im übrigen hat die österreichische Bevölkerung längst erkannt, Herr Kollege Wagner, daß die SPÖ im vergangenen Herbst mutwillig Neuwahlen heraufbeschoren hat. Die Lüge kann man noch so oft wiederholen, sie wird nicht zur Wahrheit. Die Flucht vor Olah mußte am 6. März bezahlt werden.

Nach dem 6. März ist gesagt worden, die ÖVP habe die SPÖ in die Opposition gezwungen. Das ist schon wieder eine Lüge. Damit werden Sie kein Glück haben: Man hat zugegeben, daß in Ihrem höchsten Parteigremium 49 Personen anwesend waren. Davon haben 30 gesagt: unannehmbar, 9 haben sich der Stimme enthalten, und 10 waren für eine Beteiligung an der Regierung. Nun zu sagen, der Vorschlag der ÖVP war unzumutbar und unannehmbar *(Bundesrat Lala: Dieses Gesetz beweist es!)*, wenn eigene Leute festgestellt haben, daß er annehmbar ist, das kann der Wähler, das können auch Ihre Wähler selber nicht mehr verstehen.

Inflation — Schillingverdünnung: Jahr für Jahr können Sie feststellen, daß Sie für 100 S einige Rappen mehr bekommen. Kamitz hat vor über zehn Jahren die Schilling-Dollar-Parität 26:1 festgelegt. Auch heute bekommen Sie noch um 26 S einen Dollar. Wir sind in der ganzen weiten Welt ... *(Bundesrat Maria Hagleitner: Man kann aber für 26 S nicht mehr soviel kaufen wie vor zehn Jahren!)* Selbstverständlich nicht. Aber auch in Amerika bekommen Sie heute um einen Dollar nicht mehr das, was Sie vor zehn Jahren bekommen haben! *(Bundesrat*

Porges: Sie werfen ja Kraut und Rüben durcheinander!) Nein, nein! Ich gehe nur auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Wagner ein. Wenn er Kraut und Rüben vorlegt, muß ich sie auflösen, um sie Ihnen wieder zurückzugeben! *(Heiterkeit. — Bundesrat Porges: Für diese Theorie verlieren Sie Ihren Posten als Kammersekretär!)* In der ganzen weiten Welt hat es noch niemand gegeben, der eine Methode gefunden hätte, wonach eine Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung und mit Wohlstandsvermehrung nicht auch mit einer gewissen Kaufkraftverdünnung bezahlt werden muß. Sozialistisch regierte Länder haben den größten Kaufkraftschwund, sei es nun Schweden oder sei es Jugoslawien.

Im übrigen wird nie gesagt — auch hier nicht —, woher man zusätzliche Mittel für den Straßenbau oder für die Eisenbahnen nehmen soll.

Die verehrte Kollegin Muhr hat bei ihrem hausfraulichen Referat uns auf der rechten Seite kaum eines Blickes gewürdigt. *(Bundesrat Dr. Fruhstorfer: Herr Kollege, sind Sie eifersüchtig?)* Sie hatte alle Mühe, die Kärntner Kollegen davon zu überzeugen, daß diese Benzinpreiserhöhung um 20 Groschen abgelehnt werden muß. Auch sie ist die Antwort schuldig geblieben, woher die Mittel kommen sollen, um dem Straßennotstand schneller zu Leibe rücken zu können.

Im übrigen möchte ich, weil ein Entschließungsantrag eingebracht wurde, sagen, daß ein Entschließungsantrag nur dann wirksam werden kann, wenn das Gesetz durchgeht. Sie müssen also zuerst zum Gesetz ja sagen, um dem Entschließungsantrag eine entsprechende Basis zu geben. *(Bundesrat Porges: Das überlassen Sie uns!)* Das überlasse ich euch gerne! *(Bundesrat Dr. Fruhstorfer: Sie können ja hinausgehen!)*

Mein direkter Vorredner hat gesagt, die Gewerkschaften fordern mit Recht, daß die Preise stabil bleiben, und daß sie dann keine Lohnforderungen erheben würden. Das ist grundfalsch! Die Gewerkschaften wären ganz falsch beraten — er scheint ein Gewerkschaftsfeind zu sein —, wenn sie nicht auch bei stabilen Preisen eine Partizipation an der laufenden Produktivitätsvermehrung erreichen wollten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Stabile Preise allein würden den Lebensstandard nicht erhöhen, sondern nur ein Anteil an der Produktivitätsvermehrung. Auch bei stabilen Preisen müssen die Löhne und Gehälter höher werden, weil die Wirtschaft produktiver wird! Gehen Sie bei Ihren Gewerkschaftern in die Schule, dann werden Sie auch daraufkommen, daß das die richtige Haltung der Gewerk-

DDr. Pitschmann

schaften ist! (*Bundesrat Franz Mayer: Ich habe gar nicht gewußt, daß Pitschmann ein christlicher Gewerkschafter ist! Ich habe geglaubt, er ist vom Wirtschaftsbund! — Bundesrat Porges: Ich habe gar nicht gewußt, daß Pitschmann Gewerkschaftssekretär ist! — Heiterkeit.*) Ich bin für alle arbeitenden Menschen da, ob Arbeiter, Angestellte oder Unternehmer. (*Bundesrat Porges: Sie, ein Vertreter der Kammer?*) Auch dort gibt es arbeitende Menschen, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen! (*Bundesrat Porges: Aber keine Arbeiter!*) Ihr Bruder ist auch ein Großunternehmer, arbeitet der nichts? Fragen Sie ihn persönlich.

Schreiten wir vorwärts auf besseren, schöneren und breiteren Straßen für ein glückliches, verkehrs- und fremdenverkehrsfreundliches Österreich! Wir von der Österreichischen Volkspartei geben diesem Gesetz gern die Zustimmung, weil es allen Bevölkerungskreisen dient und weil es eine dringende Notwendigkeit ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Das Wort hat Bundesrat Böck.

Bundesrat Böck (SPÖ): Hohes Haus! Das heute zur Diskussion stehende Gesetz, betreffend die Einführung der Bundesmineralölsteuer, hat nicht nur bei den Autofahrern, sondern bei der gesamten Bevölkerung Österreichs berechtigten Unmut hervorgerufen. Berechtigten Unmut deshalb, weil von der Österreichischen Volkspartei während des gesamten Wahlkampfes ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß nach der Wahl keinerlei Preiserhöhungen stattfinden werden. Die Enttäuschung der Wähler ließ nicht lange auf sich warten. Schon wenige Wochen nach dem 6. März wurde bekannt, daß zur Mineralölsteuer ein Bundeszuschlag zum Ausbau der Bundesstraßen eingehoben wird. Wie war die erste Reaktion der Öffentlichkeit? Sie alle wissen, daß gleichzeitig mit der Bekanntgabe, daß ein Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer eingehoben wird, die Fleischpreise in ganz Österreich ganz gewaltig gestiegen sind. Aber nicht nur die Fleischpreise sind gestiegen. Wenn Sie in den letzten Tagen Wiener Speiserestaurants besucht haben, konnten Sie feststellen, daß außer den kleinen Menüs der Preis jeder anderen Fleischspeise um 1 bis 3 S erhöht wurde. (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Die haben die olympischen Preise vorweggenommen!*) Das dürfte stimmen. Das waren jene, die auf das Gesetz gewartet haben, damit sie einen Vorwand haben. Ich glaube aber, daß mit dieser Korrektur der Fleischpreise und damit verbunden der Preise in den Restaurants nur der Anfang gemacht ist. Es wird eine Lawine ins Rollen kommen, von der wir uns heute noch keine Vorstellungen machen können.

Man sollte sich bei der Regierungspartei darüber klar werden, daß man wohl den Mut gehabt hat, eine außergewöhnlich ungerechtfertigte Maßnahme zu setzen, daß man aber nicht den Mut hat, der österreichischen Bevölkerung zu sagen, daß das, was vor dem 6. März gesagt wurde, heute nicht mehr oder nicht mehr ganz Gültigkeit hat.

Man hat während des Wahlkampfes vom Bessermachen gesprochen. Wenn die österreichische Bevölkerung heute entscheiden könnte, weiß ich nicht, wie sie dazu Stellung nehmen würde, ob sie diese Ihre Maßnahme, die heute zur Beratung steht, als Bessermachen qualifizieren würde.

Das Tragische dabei ist: Schon bei der ersten Maßnahme, die gesetzt wird, bei der ersten versprochenen Leistung, die Straßen besser zu gestalten, verlangt man von der Bevölkerung zusätzliche Mittel. (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Von wem denn sonst?*) Diese zusätzlichen Mittel ziehen auf alle Fälle eine Teuerungswelle nach sich, diese Welle hat bereits begonnen und stellt eine schwere Belastung für die gesamte Bevölkerung Österreichs dar.

Nun noch kurz einige Worte über den Straßenbau selbst, der heute bereits erwähnt wurde, insbesondere in Zwischenrufen. Die Regierungspartei versucht natürlich — dafür kann man Verständnis aufbringen —, den Strengbergskandal zu bagatellisieren. Wenn Sie die Dinge aber selbst an Ort und Stelle ansehen, dann kommen Sie zu einer anderen Meinung. Der österreichische Wähler wird die Situation so betrachten, wie sie wirklich ist. Was dort geschehen ist, spottet jeder Beschreibung! (*Bundesrat Krainer: Was wird der Wiener Wähler zum Matzleinsdorfer Platz sagen?*) Wenn man sieht, daß kilometerweit nicht nur Ausbesserungsarbeiten durchgeführt werden müssen, sondern die gesamte Straßenlage, vom Unterbau angefangen, vollkommen erneuert werden muß, dann muß man sich ernsthaft die Frage stellen: Was ist dort passiert? Man kann nur sagen: Es ist eine Schande! Eine Schande deshalb, weil so etwas bei genügender Aufsicht selbst bei Toleranz in manchen Dingen nicht vorkommen darf. Man fragt sich ganz unwillkürlich: Wer trägt dafür die Verantwortung? (*Bundesrat Dr. Gasperschitz: Die Fachleute wahrscheinlich, nicht die Regierung!*) Sind es die Baufirmen oder die dafür zuständigen Behörden? Ist es die mangelhafte Bauausführung oder weil sie solche Baustoffe geliefert haben? Ich bin überzeugt, daß beides im gegebenen Fall Strengberge zutreffen wird, und dennoch kann man den wirklich Schuldigen die Verantwortung nicht abnehmen.

Böck

Die wirklich Schuldigen sind jene, die die Oberaufsicht über diese Arbeiten haben. Ob schlecht gearbeitet wurde, ob schlechtes oder ungenügendes Material verwendet wurde, ist dabei gleichgültig, verantwortlich war und ist (*Bundesrat Novak: ... der Minister!*) jenes Ministerium (*Bundesrat Krainer: Jenes Ministerium, in dem Staatssekretär Weikhart tätig war!*), das Sie seit 1945 in Ihren Händen haben. (*Bundesrat Hella Hanzlik: Ist das nicht das Geld der Steuerzahler?*)

Wenn man heute davon spricht, die Bauaufträge zu koordinieren, wenn man davon spricht — morgen haben wir bereits einen Tagesordnungspunkt dafür —, die Vergabe der gesamten Bauarbeiten in einem Ministerium zusammenzuziehen, dann darf ich fragen: Warum so spät? Unsere Fraktion und insbesondere die sozialistischen Gewerkschafter haben seit Jahren dieses Verlangen gestellt, aber da hatte man Angst davor, daß dieses Ministerium ein „Roter“ haben könnte. Da war es undenkbar. Heute — wir werden es begrüßen, wenn alles gut ablaufen wird — kommt man innerhalb weniger Tage dazu, dieses Ministerium aus dem Boden zu stampfen.

Und nun noch ein Wort zum Heizöl: Hier trifft es nicht nur die Haushalte, die ganz besonders — weil sie nichts dafür können, sie benützen die Straßen am allerwenigsten — darunter leiden, hier trifft es die gesamte österreichische Wirtschaft, denn die braucht ungeheuer viel Heizöl. Das wird selbstverständlich dazu beitragen, daß nicht nur auf Grund der Verteuerung des Treibstoffes für Kraftfahrzeuge, sondern auch des Heizöls für manche Betriebe eine doppelte Belastung entstehen wird, sodaß die Preise in vielen Sparten hinaufklettern werden. Daß dies eine Ungerechtigkeit darstellt, haben Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, selbst eingesehen, nur war Ihnen wahrscheinlich die Zeit für eine Korrektur zu kurz und Sie haben jene, die davon betroffen sind, auf den Herbst des heurigen Jahres vertröstet. Wenn man den Mut hat, so etwas zu tun, wäre es zweckmäßig, es gleich zu tun. Man würde dann bei der Bevölkerung doch das erreichen, was der Vorredner gesagt hat: glaubhaft zu erscheinen. Die Verteuerung des Heizöls kommt mir irgendwie vor wie beim Volksnahrungsmittel Butter. Hier haben wir eine ähnliche Konstellation. Im Inland werden ungerechtfertigte Preise verlangt, ins Ausland gibt man alles weit, weit unter den Gestehungskosten ab. (*Bundesrat Krainer: In allen Staaten der Welt!*) Dafür haben wir kein Verständnis! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist noch Herr Bundesrat Lala. Ich erteile es ihm.

(*Ruf bei der ÖVP: Nun mag es genug sein des grausamen Spiels!*)

Bundesrat Lala (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich beschränken. Es gibt so viele Möglichkeiten, die Dr. Pitschmann uns aufgezeigt hat, daß man gar kein Konzept braucht, um herauszukommen und zu diesem Thema etwas zu sprechen.

Wenn Herr Dr. Pitschmann sagt, wir hätten nicht den Mut zur Wahrheit, dann können wir gleich wieder auf den 6. März zurückgehen und fragen, wo damals der Mut zur Wahrheit war, als die Sozialisten darauf aufmerksam gemacht haben, warum die Regierung in Brüche gegangen ist, warum sich das Parlament aufgelöst hat: wegen der Forderungen des Finanzministers auf Tarif- und Preiserhöhungen. Damals hat die ÖVP in großen Lettern propagiert, daß er gar nicht daran denkt, daß im Jahr 1966 Preiserhöhungen kommen sollen, daß das alles Lüge ist, was die Sozialisten bringen. Sie haben sehr, sehr gut gewußt, was Sie nach dem 6. März tun werden. Das beweist jetzt dieses Gesetz, das in einem Tempo eingebracht wird, daß Sie vergessen haben, es den Kammern zur Begutachtung vorzulegen. Die Arbeiterkammer hat das Gesetz nicht bekommen. Was 20 Jahre Spielregel war, das wurde hier versäumt oder mit Absicht versäumt. Ich weiß nicht, ob es die Bundeswirtschaftskammer bekommen hat, das entzieht sich meiner Kenntnis, aber mich wundert nur, daß Sie (*Redner weist auf Bundesrat Dr. Pitschmann*), gerade Sie als Vertreter dieser Körperschaft, sich nicht dagegen gewehrt haben. (*Bundesrat Dr. Pitschmann: Ich bin nicht Vertreter dieser Körperschaft! Ganz und gar nicht! Ich bin Vertreter Vorarlbergs, mein Herr!*) Sie gehören zu diesen Kräften, die das sagen, und uns wollen Sie dann ein Lehrmeister sein und uns vorexerzieren, wie man sozial oder unsozial zu anderen ist. Herr Doktor! Das ist schon äußerst primitiv.

Sie sagen, es wird nichts verteuert; aber die 450 Millionen Schilling, die diese Steuer in Hinkunft einbringen soll, die muß ja jemand bezahlen. Sie wissen ganz gut aus der Erfahrung der letzten Jahrzehnte, daß immer der Klein- und Kleinstverdiener bezahlen mußte, daß die Wirtschaft diese Preise auf jene Genußmittel überwältigt hat, die der unselbständige Arbeiter genauso braucht wie der andere, aber der andere kann es sich eher leisten; daher ist er auch bereit gewesen, da und dort Verteuerungen hinzunehmen. Aber dem unselbständigen Arbeiter wurde doch bisher jede Steuer in zweifacher Ausfertigung gegeben. (*Bundesrat Doktor*

5844

Bundesrat — 239. Sitzung — 31. Mai 1966

Lala

Pitschmann: Auch der Unternehmer ist Konsument!) Sie hätten beim Lohnsteuerermäßigungs-gesetz viel rascher vorgehen können als beim Mineralölsteuergesetz, das Sie so rasant einbringen, daß Sie dabei alle vergessen, die man noch befragen könnte, beziehungsweise hat man vergessen, jene Eingaben, die die Interessenvertretungen gemacht haben, zu studieren und eventuell zu berücksichtigen.

Der Finanzminister hat im Nationalrat erklärt: Das Heizöl ist ein noch viel schwierigeres Problem, da geht es noch um einen anderen Betrag. Die Regierung, die Sie seit 20 Jahren führen, hätte längst Zeit gehabt, das aufzugreifen. Sie sagen, die Sozialisten waren in der Regierung; jawohl, wir haben reichlich Vorschläge gebracht. (*Bundesrat Krainer:* Vizekanzler Pittermann hat beantragt, auf das Heizöl eine Steuer zugunsten des Kohlenbergbaues zu geben! — *Bundesrat Bürkle:* Jawohl, das ist die Wahrheit!) Sie hätten genügend Gelegenheit gehabt, diese Vorschläge in Beratung zu ziehen. Sie waren aber nicht einmal bereit, mit sich reden zu lassen. Wie weit gingen denn Ihre Angebote zur Zusammenarbeit? Das sieht man ja jetzt, inwieweit Sie bereit sind, daß Sie bei einem Gesetz nicht einmal in der Lage sind, Vorschläge, die im Finanzausschuß, im Nationalrat gemacht wurden, in Beratung zu ziehen, sondern daß Sie diese Vorschläge mit Ihrer Mehrheit niederstimmen. Meine Herren! So kann eine Zusammenarbeit nicht aussehen (*Bundesrat Dr. Pitschmann:* Ihr habt sie abgelehnt!), das steht nur auf dem Papier! Darüber brauchen wir nicht zu reden. Und da brauchen Sie auch draußen nichts zu sagen von Zusammenarbeit, das wird Ihnen kein Mensch mehr abnehmen und glauben.

Sie haben jetzt gesagt, und auch Dr. Pitschmann hat es gesagt: Wir haben der SPÖ die Zusammenarbeit in der Regierung angeboten!, so kann man sich vorstellen — und heute können wir es mehr denn je der Bevölkerung sagen —, wie diese Zusammenarbeit ausgesehen hätte, was man geboten hätte, wenn es schon bei so einem Gesetz solche Auseinandersetzungen gibt und nicht einmal das Geringste, was man darin unterbringen wollte, von Ihnen zur Kenntnis genommen wird. Die Zukunft wird es weisen, und der 6. März wird noch schwer in Erinnerung bleiben, wenn Sie bei der nächsten Wahl oder bei kommenden Wahlen in den Ländern da und dort feststellen können, wen man wählen wird. (*Bundesrat Dr. Pitschmann:* Wie oft wolltet ihr schon Wahlen gewinnen, und wie oft habt ihr sie gewonnen? Die Hoffnung bleibt euch!)

Wir kennen Ihre Mätzchen und Ihre Politik im Wahlkampf, die sehr billig sind. Sie

rechnen mit vielen, vielen Menschen, die dieser Wahlpropaganda zum Opfer gefallen sind. (*Bundesrat Dr. Pitschmann:* Wir hoffen weiter auf diese Menschen!) Viele haben es heute schon bereut (*Bundesrat Dr. Pitschmann:* Die österreichische Bevölkerung denkt mehr, als ihr wahrhaben wollt!), aber Sie werden auch noch daraufkommen, daß eines Tages auch Ihre Stunde geschlagen hat (*Bundesrat Dr. Pitschmann:* Jedem schlägt einmal die Stunde!) und daß Sie mit diesen Propagandamitteln, mit denen Sie bisher in die Wahlen gegangen sind, keinen Staat mehr machen werden. Es kommen nämlich Generationen nach, die das nicht mehr fressen werden.

Sie fügen diesem Mineralölsteuergesetz eine Entschliebung bei. Wer soll denn glauben, daß das von Ihnen überhaupt noch in Zukunft in Behandlung gezogen wird, oder wer weiß, wie lange sich diese Sache mit dem Heizöl hinziehen wird, wie lange das dauern wird? Vielleicht Jahre, weil Sie sich nicht einig werden, weil Sie sich nicht klar werden, was man für den Konsumenten, der dieses Heizöl zahlen und die Steuern tragen muß, tun kann. Ich bin fest überzeugt: Diesem Entschließungsantrag von Ihnen, den Sie im Klub beigegeben haben, wird herzlich wenig Glauben geschenkt. (*Bundesrat Krainer:* Seien Sie vorsichtig, Herr Kollege, sonst müssen wir Ihnen das bei der nächsten Sitzung vorhalten!) Sie können es, es wird mich freuen. Ich nehme es zur Kenntnis, nur haben Sie es bisher nicht bewiesen. Bisher sind jene Sachen, die zugunsten des anderen gewesen sind, nur auf Initiative der Sozialisten in der Regierung zustande gekommen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Na, Sie können nicht gerade das Gegenteil behaupten. Lieber länger verhandeln, aber es kommt etwas heraus, was auch noch vertretbar ist. Aber diese Möglichkeiten bieten Sie uns nicht, denen entziehen Sie sich und beschließen einfach freiweg mit Mehrheit, die Sie ja haben und von der Sie ja ständig Gebrauch machen können. (*Bundesrat Doktor Pitschmann:* Wir werden auch Gebrauch davon machen!)

Wir haben es schon gehört, bei dieser Steuer bleibt es ja nicht. Der Bundeskanzler warnte in seiner Ansprache im Rundfunk, in Aussendungen und dergleichen mehr vor Preissteigerungen, er warnt sogar davor, daß die Erhöhung der Mineralölsteuer entsprechende Preistreiberien nach sich ziehen wird. Also auch er und viele Ihrer Freunde und wahrscheinlich Sie alle selbst wissen ja heute schon, daß das entsprechende Preisentwicklungen nach sich ziehen wird und daß eine Belastung der arbeitenden Menschen eintreten wird. Ansonsten brauchten Sie nicht zu warnen davor, wenn Sie nicht selbst be-

Lala

fürchten müßten, daß das eintreten wird. Der Herr Bundeskanzler persönlich hat in Aussendungen gesagt, daß er Preistreiberien befürchtet, und er warnt davor. Wenn man etwas befürchtet, dann weiß man schon, daß was kommen wird. *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Aber er fürchtet auch das Verkehrschaos!)*

Durch Fachleute haben wir in Erfahrung gebracht, daß das Heizöl in Österreich am teuersten ist. Das wußten diese Leute wahrscheinlich auch dazumal. Es wurde aber in Österreich durch große Werbungen dafür gesorgt, daß Ölfeuerungen angeschafft werden. Viele zehntausende Familien haben sich auf diese Heizung umgestellt. Heute ist man ebenso bereit, diese Familien mit den gleichen Steuern zu belasten. *(Bundesrat Dr. Goëss: Das wollte Dr. Pittermann voriges Jahr!)* Ich war nicht dabei, ich habe das nicht gelesen. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Aber wenn es einer gesagt haben sollte, dann war es eine Verhandlungsgrundlage. *(Bundesrat Schreiner: Aber Ihr Vorgänger Koref war dabei, der wußte es besser!)* Ich glaube kaum, daß Pittermann daran gedacht hat, die Konsumenten so zu belasten wie Sie heute mit diesem Gesetz. Daran hat Vizekanzler Doktor Pittermann nicht gedacht. So kann man das nicht sehen. Man muß auch sehen, was dazwischen noch gewesen wäre und wie es hätte sein sollen oder wo man eine Belastung hätte herbeiführen wollen. So billig kann man das nicht abtun. *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Er wollte damit den Kohlenabsatz fördern!)*

Meine Herren, Sie wissen genau, daß die Sozialisten immer dagewesen sind, wenn es notwendig war, dem Volk Belastungen aufzuerlegen. Sie haben sich nicht gescheut, wenn es notwendig war, Gesetze mitzubeschließen, die die Gesamtheit betroffen haben, die eine Belastung bedeutet haben. Aber das waren immer noch Verhandlungskompromisse, die wir draußen vertreten konnten. *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Jetzt ist es wieder notwendig!)*

Dieses Gesetz gibt uns keinerlei Möglichkeit, und Sie gaben uns keine Möglichkeit, auch nur im geringsten Ausmaß Änderungen zugunsten der arbeitenden Menschen herbeizuführen. Sie haben Ihr Gesetz eingebracht und haben es so im Parlament durchgezogen, und Sie haben auch hier den Auftrag, es so durchzuziehen, wie es im Nationalrat der Fall war. Sie sind nicht einmal bereit, dem Antrag beizutreten. *(Bundesrat Bürkle: Der Herr Landeshauptmann wollte noch mehr haben! — Bundesrat Dr. Pitschmann: Dem Sima sind wir beigetreten!)* Ein Stück Papier kann

man ruhig annehmen und kann es zu einem Akt legen, der jahrelang liegen kann. Diese Praxis haben wir zur Genüge kennengelernt. Sie werden schon noch daraufkommen und werden sehen, wie das ist, und wir werden noch öfter Gelegenheit haben, auch in diesem Hohen Haus dazu Stellung zu nehmen und Sie auf so manches aufmerksam zu machen, was Sie gesagt haben und was nachher nicht eingetroffen ist. Wir werden ja sehen, wie es im September sein wird, mit welchen Vorschlägen Sie kommen und mit welcher Rasanz Sie vorgehen werden. Wir glauben nicht daran, daß Sie mit gleicher Rasanz an die Arbeit gehen werden wie bei diesem Gesetz, als es vom Finanzminister vorbereitet und dem Parlament zugeleitet wurde. *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Hoffen wir gemeinsam!)* Wir wären überrascht, wenn es so käme. Wir werden es nicht verschweigen, wenn Sie einmal etwas eingehalten haben, was Sie versprochen haben. Aber bisher ließ ja das immer sehr zu wünschen übrig. *(Bundesrat Dr. Goëss: Die Bevölkerung scheint anderer Meinung zu sein! — Bundesrat Schreiner: Die Autobahn galt als Aprilscherz!)* Es gibt Menschen, die eine andere Meinung haben. Es ist ja demokratisch, daß Meinungen gegen Meinungen stehen. Man muß sich nur zusammensetzen. Aber zu dem Zusammensetzen sind Sie ja seit dem 6. März nicht mehr bereit! Ihnen ist ja die Macht in den Kopf gestiegen! *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Bundesrat Doktor Pitschmann: Nein! Ganz und gar nicht!)* Es dauert einige Zeit, bis Sie sich wieder erfangen und vielleicht wieder auf den Boden der Realität zurückkehren werden. Sie können versichert sein: Wir kennen Sie zur Genüge; auch Sie haben Menschen, die guten Willens sind. *(Bundesrat Bürkle: Danke!)* Aber es sind Kräfte dahinter, die ihnen diesen guten Willen verwehren.

Ich könnte noch viel mehr eingehen auf diese Sache, aber ich bin einer, der sich nicht gern wiederholt und Ihnen auch nicht die Zeit wegnehmen will. Ich weiß, da sind Sie dankbar. Ich könnte Sie aber noch eine halbe Stunde aufhalten mit Problemen, die alle zu diesem Gesetz gehören. Aber ich will Ihnen das nicht antun. Es wird sich manchmal die Gelegenheit ergeben, Ihnen das zu sagen. *(Bundesrat Schreiner: Sehr sachlich war das!)*

Ich erlaube mir, dessenungeachtet einen Beschlußantrag gemäß Artikel 52 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes und § 37 der Geschäftsordnung vorzutragen:

Beschlußantrag:

Im Hinblick auf die erhöhte Belastung von Arbeitnehmern, die gezwungen sind, ein Kraftfahrzeug zu benützen, um an ihren

Lala

Arbeitsplatz zu gelangen, wird die Bundesregierung aufgefordert, den gesetzgebenden Körperschaften eine Regierungsvorlage zuzuleiten, durch welche das Kfz-Pauschale gemäß § 9 Abs. 1 Z. 4 des Einkommensteuergesetzes um 50 Prozent erhöht wird.

Ich gestatte mir, diesen Antrag zu übergeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß der Entschließungsantrag genügend unterstützt ist. Er steht daher zur Debatte.

Es liegen noch weitere Wortmeldungen vor. Ich erteile das Wort Herrn Bundesrat Novak. *(Bundesrat Dr. Pitschmann: Die Bundesbahn geht auf die Straße! — Bundesrat Appel: Bundesbahn kommt erst in zweiter Linie! Mit dem Benzin haben wir es eröffnet!)*

Bundesrat Novak (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es interessiert, glaube ich, die ganze Öffentlichkeit, wie nun in Österreich das Parlament arbeiten wird, wie sich die Alleinregierung auswirken wird, wie die Opposition ihre Rolle aufnehmen und durchsetzen wird können. *(Bundesrat Doktor Goëss: Darauf sind alle neugierig!)* Sie wird darauf neugierig sein, ob die Seite, die allein regiert, auf Argumente, auf sachliche Vorschläge der anderen Seite eingehen wird, um daraus den notwendigen Schluß zu ziehen und das Nützliche herauszufinden.

Es wurde heute schon festgestellt, daß das Gesetz über den Bundesmineralölsteuerezuschlag sehr rasch durchgearbeitet wurde. Man nützt das aus und sagt: Nun, jetzt geht es auf einmal viel rascher, viel schneller, weil wir die SPÖ nicht mehr in der Koalition haben, denn das waren ja diejenigen, die immer jede sachliche Arbeit gestört, verzögert und unmöglich gemacht haben. Nun, man wird ja sehr bald daraufkommen, daß diese Art, Gesetze durchzubringen, daß diese Art, so rasch Gesetze zu machen, wahrlich nicht von Vorteil ist, sondern daß die sich daraus ergebenden Konsequenzen dem Volke Nachteile bringen, die sehr bald zu spüren sein werden. Jetzt in der Alleinregierung will man — gegenwärtig zeigt es sich so — immer wieder auf die Argumente der Opposition nicht eingehen, und man verwendet aus der Vergangenheit Argumente, um für sich einen Beweis zu haben.

Da wurde heute erwähnt, daß Dr. Pittermann einmal einen Heizölzuschlag von 30 Groschen vorgeschlagen hat. Aber daß dies zugunsten des notleidenden Bergbaues geschehen sollte, um eine große Krise der Bergbauindustrie zu verhindern, daß hier ein sozialer Zweck vorhanden war, das wird natürlich verschwiegen, das wird natürlich nicht anerkannt. Dem Bergbau zu helfen, waren Sie ja damals nicht

bereit, ich glaube, Sie sind eher dafür, daß ein Bergbaubetrieb nach dem anderen geschlossen wird. Wir sehen es ja heute in Tauchen, wie leichtfertig man darangeht, Bergbaubetriebe zu schließen. *(Bundesrat Dr. Goëss: Ist der Straßenbau unsozial?)* Ich glaube also, dieser damalige Vorschlag, 30 Groschen Heizölzuschlag für den Bergbaubetrieb einzuheben, um ihm einmal zu helfen und um doch vielleicht einmal zu einem Energiekonzept zu kommen, damit man weiß, ob man überhaupt in Österreich die notwendigen Kraftstoffe und Wärmekraftstoffe zur Verfügung stellen kann, ist kein Argument, das beweisen soll, wie notwendig der heutige Zuschlag von 20 Groschen zur Mineralölsteuer ist.

Kollege Dr. Pitschmann hat gefragt, wer denn sonst für den Straßenbau aufkommen sollte als der Straßenbenützer allein. *(Bundesrat Dr. Pitschmann: „Wenn nicht in erster Linie“, habe ich gesagt! — Bundesrat Appel: Man wird eine Fußgängersteuer einführen!)* „In erster Linie“, das ist fast dasselbe. Die zweite Linie ist der Schienenverkehr, die dritte Linie ist der Wasserverkehr, die vierte Linie sind dann die Kraftwerke, die ihren Betrieb mit Heizöl aufrechterhalten und führen, um Elektrizität zu erzeugen, das sind die Fernheizkraftwerke, die Heizöl verwenden. Sie sehen, daß so viele tausende und tausende Tonnen Heizöl auf Gebieten verwendet werden, die mit der Straße aber schon gar nichts zu tun haben. *(Bundesrat Bürkle: Das ist Rohöl und nicht Heizöl! Das ist falsch, was Sie sagen! — Bundesrat Dr. Pitschmann: Die Kraftwerke verwenden kein Heizöl allein! Das sollte man wissen als Bundesbahnbeamter!)* Ist schon recht.

Ich möchte auf den Minderheitsbericht verweisen, der beweist, daß man nicht gewillt war, bei der Behandlung dieses Bundesmineralölsteuergesetzes die Argumente der Opposition auch nur in Erwägung zu ziehen. Im Minderheitsbericht steht, wenn für alle Arbeitnehmer ein teilweiser Ausgleich für diese steuerliche Mehrbelastung durch eine Erhöhung des Kraftfahrzeugpauschales geschaffen worden wäre, würde man damit den Arbeitnehmern, die sich ein Auto angeschafft haben, entgegenkommen. Ich könnte dem entgegenstellen: Die Selbständigen haben es ein wenig besser, weil sie es sich auf vielen Gebieten leichter richten könnten. Ihre Benzinrechnungen werden wahrscheinlich höher werden, weil der Preis hinaufgeht, und sie werden die Möglichkeit haben, so wie bisher den größeren Teil davon unter bestimmten Bedingungen abzuschreiben. Sie werden es daher gar nicht so sehr spüren. Auf der anderen Seite können sie es auf die Preise überwälzen. Der Finanzminister wird ihnen mit den Abschreibungen wieder ein

Novak

Geschenk machen. So ist das für diese eine Gruppe von Menschen im Staate. Das schaut zwar nicht nach Gleichheitsprinzip aus, wonach alle Österreicher gleich sind, aber es ist das, was wirklich geschieht.

Finanzminister Dr. Schmitz hat verlangt, daß das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen abgebaut werden soll, weil es so nicht weitergehen kann. Die Bundesmineralölsteuer ist aber eine neue Belastung für die Österreichischen Bundesbahnen. Es entspricht daher durchaus nicht der Absicht, das Defizit zu verringern, wenn es eine neue Belastung gibt, die noch dazu das Novum hat, daß Schiene und Wasserstraße zugunsten der Straße beitragen. Es ist durchaus nicht meine Aufgabe, dem neuen Verkehrsminister Dr. Weiß zu helfen (*Ruf bei der ÖVP: Brauchen Sie auch nicht!*), er wird sich schon selbst darum sorgen müssen, wie das Defizit kleiner wird. Ich habe nur die Sorge, daß es das Personal der Österreichischen Bundesbahnen in Zukunft wird auf sich nehmen müssen, wenn die finanziellen Mittel der Österreichischen Bundesbahnen weiter eingeschränkt werden, so wie es immer geschieht.

Durch die Erhöhung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer erhöht sich auch der Beitrag des Schienenverkehrs zum Straßenbau. Bei einem Verbrauch von 32.000 t Dieselöl in Diesellokomotiven werden die Österreichischen Bundesbahnen nach Einführung der Preiserhöhung 34 Millionen Schilling an zweckgebundenen Steuermitteln für den Straßenbau abliefern. Obwohl diese Diesellokomotiven der Österreichischen Bundesbahnen keine Straßen benutzen, wird der Straßenbau mit dem genannten Betrag subventioniert. Ich könnte dem gegenüberstellen, daß die Bundesbahn für sich genausogut verlangen könnte, daß sie von dieser Steuer befreit wird, wie es die Landwirtschaft auch verlangt. (*Bundesrat Appel: Sehr richtig!*) In Österreich wird aber mit zweierlei Maß gemessen, daher ist das eine nicht so wie das andere.

Dieser Betrag, mit dem die Bundesbahnen belastet werden, wird sich infolge der Verstärkung des Dieselbetriebes ständig erhöhen. Auf der Pressekonferenz hat Verkehrsminister Dr. Weiß bekanntgegeben, daß die Elektrifizierung im wesentlichen abgeschlossen ist und das Augenmerk in der Zukunft nur mehr auf die Verdieselung zu lenken ist. Darf ich dazu zwei Zahlen nennen: 1956 wurden noch 932 Millionen Bruttotonnenkilometer im Dieseltrieb gefahren, 1965 waren es schon 2.112 Millionen Bruttotonnenkilometer. Das bedeutet eine Steigerung auf rund 230 Prozent in zehn Jahren. Dieses Tempo wird anhalten und sogar verstärkt werden müssen, wenn man die Elek-

trifizierung nicht mehr fortführen will. Das bedeutet aber für die Österreichischen Bundesbahnen eine noch stärkere Belastung. Man hat aber nicht nur diesen Argumenten gegenüber taube Ohren.

Ich habe hier die Abschrift eines Schreibens des ÖAMTC an die österreichische Bundesregierung, das heute schon öfter zitiert wurde, in dem der ÖAMTC die Unzulänglichkeit des österreichischen Straßenbaues feststellt. — Stimmt. — Er teilt mit, daß seit Jahren konkrete sachliche Vorschläge für einen beschleunigten und langfristig vorausgeplanten Ausbau der Bundesstraßen gemacht werden, unter diesen Vorschlägen aber kein Vorschlag zur Erhöhung der Bundesmineralölsteuer war. Ich will das Schreiben nicht im Wortlaut verlesen, es ist Ihnen ohnedies bekannt. Der ÖAMTC hegt bezüglich der derzeit geplanten und in ihren Einzelheiten und Auswirkungen noch unbekanntem Erhöhung des Zuschlages zur Mineralölsteuer größte Bedenken und erhebt Protest. Er sieht in diesem Schritt nicht nur eine zusätzliche einseitige und daher ungerechte Belastung der Kraftfahrerschaft, sondern darüber hinaus eine Gefährdung des ganzen derzeitigen Systems der Treibstoffbesteuerung, der derzeit wesentlichsten Finanzierungsquelle des Straßenbaues.

Zu der Erhöhung wurde außerdem eine Entschließung angenommen, in der gleichsam angedeutet wurde: Man kann ja über das Problem der Herausnahme des Heizöls aus der Steuer noch reden. Die jetzige Erhöhung, die dazu dienen soll, den Straßenausbau zu forcieren, wird aber schon von Haus aus ad absurdum geführt, wenn man hinterher bereit ist, davon Abstriche zu machen.

Auch die Argumente der Bundesländer hat man nicht ernst genommen. Es ist vorher bestimmt worden, daß zwei Drittel dem Bund und ein Drittel den Ländern und Gemeinden zugeführt werden sollen. Im Wege von Verhandlungen hat man sich schließlich mit den Bundesländern darauf geeinigt, daß die Hälfte der Bund und je ein Viertel die Länder und die Gemeinden bekommen sollen. Die Sozialisten haben im Parlament diesen Aufteilungsschlüssel als Antrag gestellt, er wurde aber von der ÖVP-Mehrheit abgelehnt. Man ist also den Länderwünschen nach mehr Mitteln für den Straßenbau nicht entgegengekommen. Obwohl auch der Österreichische Gemeindebund, dessen Präsident der Abgeordnete Grundemann-Falkenberg ist, Ansprüche erhoben hat, daß die Länder mehr Mittel bekommen, hat dieser Abgeordnete im Parlament mitgestimmt, daß der bereits ausgehandelte Aufteilungsschlüssel nicht in Kraft gesetzt wird. Wir sehen daraus, daß wir uns in

Novak

Zukunft Gesetze, die Belastungen für das österreichische Volk oder für Teile des Volkes mit sich bringen, sehr genau ansehen müssen.

Aber nicht nur der ÖAMTC hat protestiert, auch der ARBÖ. (*Bundesrat Bürkle: Weisungsgemäß!*) Ich brauche das nicht im einzelnen anzuführen, Sie kennen das bereits.

Eines hat sich gezeigt, und das werden wir in Zukunft mehr beachten müssen: Wir werden der Bevölkerung die Eile, mit der man solche Belastungsgesetze im Parlament durchpeitscht, weit mehr aufzeigen müssen. Wir werden der Öffentlichkeit aufzeigen, wie wenig die Österreichische Volkspartei bereit ist — obwohl sie groß geschrieben hat: Wir haben den Sozialisten nach dem 6. März sofort die Hand zur Zusammenarbeit geboten! —, auf stichhaltige, sachlich fundierte Argumente einzugehen. Wir werden das an Hand der Gesetzwerdung jedes einzelnen Gesetzes aufzeigen! (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir werden das aufzeigen, wenn es darum geht, der Bevölkerung Lasten aufzuzwingen, und wenn es darum geht, die Seiten, von denen man die Mittel wirklich nehmen könnte, zu schonen.

Aus der Behandlung dieses Gesetzes ergibt sich eines — vielleicht wird das aufgenommen und werden auch andere darüber nachdenken —: Dieses Gesetz wird heute beschlossen werden, ohne daß ein gültiges und annehmbares Konzept für den Straßenbau und ohne daß ein Wirtschaftskonzept vorliegt. Es wäre eine ganz andere Sache mit diesem Gesetz, mit solchen Belastungen, wenn dazu ein gut gearbeitetes und glaubwürdiges Konzept für den Straßenbau vorhanden wäre. (*Bundesrat Bürkle: Das ist schon da!*) Dann, glaube ich, würden auch viele Autofahrer nichts dagegen haben, aber unter den Umständen, daß sie nicht wissen, wie das Geld, das in den Topf hineingeworfen wird, verwendet wird, haben die Autofahrer kein Verständnis dafür, und daher stimmen auch wir nicht für dieses Gesetz. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz: Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute — das ist beachtlich — zum erstenmal in der Öffentlichkeit von seiten der stärkeren Oppositionspartei zugegeben worden, daß in meinem Budgetentwurf vom 22. Oktober weder Tarif- noch Steuererhöhungen enthalten gewesen sind. Ich habe mich lange bemüht, das in der Öffentlichkeit zu vertreten, und ich freue mich, daß heute endgültig hier der Wahrheit zum Durchbruch verholfen werden konnte und nunmehr festgestellt wird, daß tatsächlich

in diesem Budgetentwurf vom 22. Oktober weder Tarif- noch Preiserhöhungen enthalten gewesen sind. Das betone ich deswegen so sehr, weil wiederholt die Rede gewesen ist von unwarhen Behauptungen, die den Wählern im Wahlkampf auch von Regierungsmitgliedern vorgesetzt worden sind. Das geht auch schon aus dem Weißbuch des Finanzministeriums hervor, das zufälligerweise, nachdem das ja ein Zeitpunkt nach dem Wahlkampf war, herausgegeben worden ist, in dem auch steht, daß am 12. Oktober auch die Alternative einer Mineralölsteuererhöhung und einer Bundesbahntarifierhöhung erwähnt worden ist, die in der Alternative von mehr Mittel für diese Verkehrsträger enthalten war. Ich sehe damit die Diskussion über die Frage, was am 22. Oktober im Budget gestanden ist, für abgeschlossen an. Welche anderen Gründe trotzdem für die Ablehnung der Sozialisten damals gesprochen haben, brauche ich an dieser Stelle hier nicht zu erörtern.

Die Frage, ob öffentliche Tarife, wenn sie nicht verändert werden, ein Beitrag zur Stabilisierung sein können, hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen in seiner Studie aus dem Jahre 1964 über die Preis- und Einkommensentwicklung eindeutig beantwortet. Diese Studie kommt zum Ergebnis, daß der Wechsel von Perioden mäßiger und starker Preissteigerungen nur teilweise mit der Konjunktur zusammenhängt. Es heißt hier kursiv gedruckt, der Wechsel von Perioden von Preissteigerungen werde dadurch verursacht, daß die von Behörden geregelten Preise nur in größeren Zeitabständen, dann aber in größeren Sprüngen, den steigenden Kosten angepaßt werden. Das heißt mit anderen Worten, daß eine Fixierung von öffentlichen Preisen und Tarifen kein Stabilisierungsmittel sein kann, die Wissenschaft bezeichnet das auch als sogenannte zurückgestaute Inflation, und der Irrtum, daß Kostenerhöhungen, die den Staat treffen, vom Steuerzahler getragen werden, ist gleich ein Hinweis darauf, daß die Kosten nur verschleiert werden und nicht in den tatsächlichen Preisen zum Ausdruck kommen.

Im Verlaufe der Diskussion ist die Frage an mich gestellt worden, um wieviel neue Straßen durch diesen Zuschlag mehr gebaut werden. Ich möchte die Frage damit beantworten, um wieviel mehr Mittel ab nun, also ab morgen, zur Verfügung stehen werden, wenn der Hohe Bundesrat diesem Gesetzentwurf zugestimmt haben sollte. Es sind im heurigen Jahr 150 Millionen Schilling mehr für den Bundesstraßenbau verfügbar, als ohne den Zuschlag verfügbar gewesen wären, und 75 Millionen für Landes- und Gemeindestraßen. Das ergibt insgesamt einen Betrag

Bundesminister Dr. Schmitz

von 225 Millionen, die, das hat der Staatssekretär Weikhart im Parlament schon aufgezeigt, restlos dem Straßenbau zweckgebunden zugeführt werden. Im nächsten Jahr werden dies mehr als 300 Millionen Schilling für den Bundesstraßenbau sein und mehr als 450 Millionen Schilling für den gesamten österreichischen Straßenbau, nachdem wir ja ungefähr eine rund 10prozentige Zunahme des Erlöses aus dieser Steuer annehmen. In zehn Jahren werden es 6 bis 7 Milliarden sein. Das wird ein Betrag sein, der es möglich machen wird, tatsächlich der Erkenntnis Rechnung zu tragen, die die Fachleute heute haben, nämlich daß sich der Kfz-Bestand in Österreich in wenigen Jahren verdoppeln wird und wir daher rechtzeitig beginnen müssen, die entsprechenden Straßen bereitzustellen. Daß diese Erhöhung ein Teil eines umfassenden Straßenbaukonzeptes ist, wurde schon wiederholt dargetan, im seinerzeitigen Bericht des Handelsministers an das Hohe Haus, in wiederholten Erklärungen des Herrn Bundesministers Kotzina und in den wiederholten Gesprächen, die auch mit den Vertretungen der Kraftfahrzeugfahrer durchgeführt worden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade durch die Schaffung dieser zweckgebundenen Einnahmen für den Straßenbau gehören alle jene Kritiken an der sogenannten Jährlichkeit, wonach öffentliche Mittel gewährt werden, der Vergangenheit an, denn, wie Sie ja selbst wissen, werden den zweckgebundenen Mitteln, soweit sie nicht disponiert sind, am Jahresende Rücklagen zugeführt und stehen daher zweckgebunden für den Straßenbau zur Verfügung. Im Rahmen der eingelaufenen zweckgebundenen Einnahmen und der einigermäßen voraussehbaren Einnahmen der nächsten Jahre kann auch eine längerfristige Straßenbaufinanzierung durchgeführt werden.

Es sind auch soziale und familienpolitische Argumente gegen diese Steuererhöhung vorgebracht worden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese Steuer den Benzinverbrauch oder Dieserverbrauch eines Kraftfahrzeuges betrifft, das heißt, fährt einer drinnen, trägt er die volle Steuer, fährt eine ganze Familie drinnen, verteilt sich das auf so und so viele Köpfe, die dieser Kraftwagen transportiert, und daher zeigt auch gerade das Beispiel der heute zitierten Autobusfahrer, daß diese Erhöhung gerade die Massenverkehrsmittel viel weniger trifft und viel besser gestreut ist als viele andere Maßnahmen, die auf diesem Sektor getroffen werden.

Daß auch die Heizölkonsumenten davon betroffen sind, ist ein Umstand, dem das

Finanzministerium schon dadurch Rechnung trägt, daß wir uns überlegen, wie man den hohen Preis des Heizöls in Österreich verbilligen kann und durch welche Maßnahmen immer. Aber, meine Damen und Herren, das Problem des Heizöls ist nicht ein Problem der 20 Groschen, die jetzt zur Debatte stehen, sondern das Heizölproblem und das Absatzproblem des Heizöls ist ein Problem der 95 Groschen, die jetzt schon bestehen und die ein Parlament, ein Bundesrat und eine Regierung beschlossen hatten, der, wie Sie wissen, beide Fraktionen der großen Parteien angehört haben. Das trifft auch für die Bundesbahn zu. Auch die Belastung der Bundesbahn ist nicht eine Frage der 20 Groschen, die jetzt zur Debatte stehen, sondern eine Frage der 95 Groschen, die schon bisher zur Debatte gestanden sind. Wenn das richtig oder unrichtig, falsch oder richtig ist, ist das schon bisher richtig oder falsch gewesen. Was daher jetzt geschehen muß, ist nicht eine Korrektur der 20 Groschen, sondern eine Korrektur schon der 95 Groschen, die bisher auf dem Gebiet zweifellos keine sehr gute und volkswirtschaftlich richtige Funktion gehabt haben. Überdies möchte ich gerade den Herren, die hier als Sprecher der Bundesbahnen aufgetreten sind, sagen: Vom Konkurrenzstandpunkt Schiene—Straße, glaube ich, beurteilen die Fachleute der Bundesbahnen eine Kostenverteuerung des Straßenverkehrs gerade unter Hinweis darauf, daß die Bahn ihre Verkehrsanlagen selbst erhalten muß, keineswegs so negativ.

Daß eine Fleischpreisveränderung mit der Mineralölsteuer zu tun hat, ich glaube, das wird nicht einmal ein Fleischhauer behaupten. *(Bundesrat Hella Hanzlik: Haben Sie noch niemals etwas von einer Überwälzung gehört, Herr Minister?)*

Im übrigen glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was ich aus vielen Diskussionen mit den Konsumenten und Kraftfahrern erfahren habe und was die vielen unabhängigen Zeitungen als Ergebnis der Befragung von Kraftfahrern gebracht haben und was auch das Fernsehen zutage gebracht hat, entspricht ganz dem, wie diejenigen die Stimmung der Öffentlichkeit beurteilen, die sehr gut weiß, daß die Alternative nur heißen kann, entweder mehr und bessere Straßen und mehr Mittel dazu oder eben ein Straßenausbau im jetzigen Tempo und keine neuen Belastungen. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, daß eine Volksbefragung zur Alternative mehr und bessere Straßen und mehr Mittel oder langsamer Ausbau und keine Belastungen eindeutig zugunsten eines modernen, fortschrittlichen und rascheren Straßenbaukonzeptes führen würde.

Bundesminister Dr. Schmitz

Ich möchte zur Frage des Kraftfahrzeugpauschales, die auch aufgeworfen worden ist und die damit im Zusammenhang steht, daß erhöhte Treibstoffkosten zweifellos auch in einer höheren steuerlichen Berücksichtigung zum Ausdruck kommen müssen, den Hohen Bundesrat darauf hinweisen, daß das eine jener Fragen ist, die mit dem Paket der Steuerreform jetzt im Finanzministerium zur Diskussion stehen und dem Hohen Haus in Bälde zugeführt werden.

Ich möchte der Argumentation, daß dieses Konzept hier ein Teil eines großen Konzeptes ist, in dem sich die Regierung für den Großgrundbesitz, für die Großagrarien und für den Großhandel einsetzt, mit dem Hinweis auf meine Budgetrede begegnen. Ich habe mich dort mit den Argumenten der „Volksstimme“ indirekt beschäftigt. Ich möchte darauf hinweisen, daß gute Straßen allen Österreichern dienen und eine Politik, die gute Straßen zum Ziel hat, doch zweifellos eine Politik für alle Österreicher ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort. — Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Bundesrat Mayrhauser (SPÖ): Zur Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender: Zur Geschäftsordnung, bitte.

Bundesrat Mayrhauser: Darf ich unter Hinweis auf § 49 lit. C den Herrn Vorsitzenden bitten, das Abstimmungsergebnis für oder gegen zahlenmäßig bekanntzugeben.

Vorsitzender: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Gemäß § 31 der Geschäftsordnung hat der Bundesrat nur die Möglichkeit, Einspruch zu erheben oder zu beschließen, keinen Einspruch zu erheben. Abänderungen von Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates selbst sind nicht möglich.

Ich lasse daher nunmehr über den Antrag des Berichterstatters abstimmen, gegen den Gesetzesbeschluß keinen Einspruch zu erheben. Wird dieser Antrag angenommen, erübrigen sich weitere diesbezügliche Abstimmungen.

Ich bitte nun jene Frauen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, ein Händezeichen zu geben und bitte die Schriftführerin, die Zählung vorzunehmen.

Schriftführerin Rudolfine Muhr: 27!

Vorsitzender: Mit 27 Stimmen, das ist die Mehrheit, angenommen.

Wir gelangen nun zur Abstimmung über die eingebrachten Entschließungen.

Zuerst lasse ich über den weitergehenden Entschließungsantrag der Bundesräte Rudolfine Muhr und Genossen abstimmen, der die unverzügliche Einbringung einer Regierungsvorlage, betreffend Ausnahme von Heizöl von erhöhter steuerlicher Belastung, verlangt. Sodann lasse ich über den Entschließungsantrag abstimmen, der dem Ausschußbericht beige gedruckt ist. Zuletzt lasse ich über den Antrag der Bundesräte Lala und Genossen abstimmen.

Wir gelangen daher zuerst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Bundesräte Rudolfine Muhr und Genossen, der die unverzügliche Einbringung einer Regierungsvorlage, betreffend Ausnahme von Heizöl von erhöhter steuerlicher Belastung, verlangt. Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Händezeichen. — Danke. Das ist die Minderheit.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag, der dem Ausschußbericht beige gedruckt ist. Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Händezeichen. Wird auch hier die Auszählung verlangt? — Danke. Das ist die Mehrheit. Der Entschließungsantrag ist angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Bundesräte Lala und Genossen, betreffend Erhöhung des Kfz-Pauschales. Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Händezeichen. — Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

2. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai 1966: Bundesgesetz, mit dem den Ländern und Gemeinden eine Finanzzuweisung im Jahre 1966 gewährt wird (2 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Gewährung einer Finanzzuweisung im Jahre 1966 an die Länder und Gemeinden.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Doktor Pitschmann. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu referieren.

Berichterstatter DDr. Pitschmann: Der verabschiedete, stark strapazierte Gesetzesbeschluß befaßte sich mit der Aufbringung zusätzlicher Mittel für den Straßenbau. Die gegenständliche Vorlage hat die Verteilung dieser Mittel zum Inhalt, die im heurigen Jahr noch in einer Höhe von 225 Millionen Schilling einfließen sollen.

Im allgemeinen wird die Aufteilung der Mineralölsteuer zwischen Bund, Ländern und

DDR. Pitschmann

Gemeinden durch den Finanzausgleich bewerkstelligt. Derselbe läuft Ende dieses Jahres ab. Bis dahin ist also eine Übergangslösung zu treffen.

Diese Übergangslösung sieht im gegenständlichen Gesetz vor, daß zwei Drittel der Mittel dem Bund und ein Drittel den Ländern und Gemeinden gemeinsam zufließen, das sind für Länder und Gemeinden 25 Millionen Schilling. Davon bekommt Wien als Land und Gemeinde zwei Zwölftel, die Länder und Gemeinden zusammen je fünf Zwölftel.

Ich darf dabei darauf verweisen, daß sich im Bericht des Finanzausschusses nicht ganz ohne Mitschuld des Berichterstatters ein Druckfehler eingeschlichen hat. Es muß heißen bei der Aufschlüsselung dieser 36 Anteile: nicht $\frac{22}{36}$ für den Bund, sondern $\frac{24}{36}$ für den Bund, und nicht $\frac{6}{36}$ für die Länder und Gemeinden, sondern $\frac{5}{36}$ für die Gemeinden.

Der Finanzausschuß hat sich am 27. dieses Monats mit dieser Materie befaßt. Der Bericht liegt schriftlich vor, inklusive Minderheitsbericht. Ich wurde vom Finanzausschuß ermächtigt, hier den Antrag stellen zu dürfen, dem Gesetz die Zustimmung zu geben.

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Singer. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Singer (SPÖ): Hoher Bundesrat! Herr Bundesminister! Die heute zur Behandlung stehende Tagesordnung und die Ausführungen der verschiedenen Redner waren, glaube ich, alle von dem Bemühen getragen, einen sachlichen Beitrag zu leisten. Es hat mich außerordentlich überrascht, daß im Verlaufe dieser Diskussion der Ausdruck „geistige Preistreiberei“ gefallen ist, gerade von jenem Bundesrat, von dem wir bisher gewohnt waren, daß er immer mit Takt und mit wirklich rhetorischem Können Fragen, die im Bundesrat zur Behandlung gestanden sind, behandelt hat. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich auch gelegentlich den Ausführungen des Herrn Bundesrates Hofmann-Wellenhof meinen Respekt und Beifall gezollt habe. (*Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Das war doch sehr zahm!*)

Das Thema der heutigen Tagesordnung ist aber, glaube ich, nicht dazu angetan, daß man das Ansehen des Parlamentes herabsetzt. Meine Damen und Herren, wenn wir selbst die Ausführungen unserer Diskussionsredner, sei es im Nationalrat oder im Bundesrat, als „geistige Preistreiberei“ bezeichnen, dann werden wir, glaube ich, vergeblich bemüht sein, das Ansehen des Parlamentes in der Öffentlichkeit in entsprechender Weise zum Ausdruck zu bringen und zu wahren.

Ich möchte also den Appell an alle richten: Natürlich sind lebendige politische Zwischen-

rufe die Würze des Parlamentarismus, aber solche Bemerkungen sind herabsetzend, wenn sie in einer solchen Weise dargebracht werden. Es wäre besser, solche Ausdrücke nicht zu verwenden.

Meine Damen und Herren! Am 28. Mai 1965, also vor genau einem Jahr, hatte ich die Aufgabe, hier im Hause zur Finanzausgleichsgesetznovelle 1965 Stellung zu nehmen. Im Namen der sozialistischen Bundesräte gab ich damals der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Gesetzgeber im Hinblick auf die Dringlichkeit dieser Materie noch im Jahre 1965 entschließen möge, ein neues Finanzausgleichsgesetz zu verabschieden. Dieses sollte die finanziellen Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in möglichst befriedigender Weise regeln. Die politischen Umstände haben bedauerlicherweise die erwartete Regelung nicht gebracht. Statt eines den Verhältnissen angepaßten Finanzausgleiches haben wir finanzielle Übergangsgesetze zu beraten, die in keiner Weise mit den betroffenen Gebietskörperschaften, den Ländern und Gemeinden, abgesprochen wurden.

Man kann sich bei der Beurteilung unserer derzeitigen politischen Situation des Eindrucks nicht erwehren, daß die österreichische Bundesregierung durch eine überstürzte legislative Aktivität glaubhaft machen will, daß sie imstande ist, eine Regierungspolitik zu verfolgen, die den echten Bedürfnissen unserer Bevölkerung und unseres Staates gerecht wird. Die österreichische Wirtschafts- und Sozialstruktur ist von einer so empfindlichen Differenziertheit, daß jede Maßnahme, die auf einem Gebiet getroffen wird, sofort Veränderungen schafft, die sehr ernste Wechselwirkungen auslösen. Eine allein die Verantwortung tragende Regierung muß, wenn sie eine Politik für das ganze österreichische Volk machen will, die Gesamtauswirkungen jeder Gesetzesmaßnahme ernstlich erwägen und danach handeln.

Das vorliegende Bundesgesetz ist ein typisches Beispiel, wie wichtige Angelegenheiten, die sehr wesentliche Auswirkungen auf die Länder und Gemeinden haben, von der Bundesregierung beziehungsweise vom heute hier anwesenden Herrn Finanzminister improvisiert, ohne echte Bemühungen, ein Einvernehmen mit den betroffenen Gebietskörperschaften zu erreichen, behandelt werden.

In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage wird ausgeführt: „Der Fortschritt im Ausbau und in der Verbesserung der Bundesstraßen bringt es mit sich, daß auch die Landes- und Gemeindestraßen im steigenden Maße frequentiert werden. Aus diesem Grunde soll den Erhaltern dieser Straßen ein Teil des Aufkommens aus der Anhebung der Mineral-

5852

Bundesrat — 239. Sitzung — 31. Mai 1966

Singer

ölbesteuerung, die zum Zwecke der Beschleunigung des Ausbaues und der Verbesserung des Straßennetzes erfolgt, zugute kommen.“

Meine Damen und Herren! Nach dieser Formulierung könnte der Eindruck entstehen, unsere Autobahnen und Bundesstraßen wären das Ursächliche, das Primäre, aus dem die Landes- und Gemeindestraßen hervorgegangen sind. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Gemeindestraßen und -plätze sind die Träger des ruhenden und fließenden Verkehrs. Ohne ihre Funktionsfähigkeit müßte in kurzer Zeit unser gesamtes gesellschaftliches Leben in seinen vielfältigen Beziehungen zum Erliegen kommen. Die Landesstraßen übernehmen den immer dichter werdenden Verkehrsstrom und leiten ihn auf die Bundesstraßen und Autobahnen als Fernverkehrsträger.

Meine Damen und Herren! Jede sachliche Überlegung, das österreichische Straßennetz in ein Verhältnis zur Funktion, Bedeutung und Wirksamkeit zu bringen, um damit einen Wertmesser oder einen Dringlichkeitsfaktor zu erreichen, muß unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß die örtlichen Verkehrsträger vom Bund in bezug auf finanzielle Beitragsleistung bisher schwer vernachlässigt und benachteiligt wurden. Der Hinweis auf das Finanzausgleichsgesetz 1959 sowie die Ankündigung einer künftigen Regelung im Finanzausgleich zeigen — ich bitte, den Ausdruck zu verzeihen — die ganze Indifferenz des Finanzministeriums in dieser Frage.

Erlauben Sie mir, zwei Beispiele anzuführen: Der Bestand an Kraftfahrzeugen — Personenkraftwagen, Omnibussen, Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Traktoren und Kraftfahrzeugen aller Art — betrug am 31. Oktober 1958 1,080.212, am 31. Dezember 1965 1,808.423. Das ist eine Steigerung um 728.211 Fahrzeuge. Hervorheben möchte ich die besonders starke Erhöhung der Zahl der Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Traktoren und Spezialfahrzeuge. Diese Zahlen habe ich den „Statistischen Nachrichten“ des Österreichischen Statistischen Zentralamtes entnommen. Die „Monatsberichte“ des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung weisen folgende Zahlen über den Personen- und Straßenverkehr aus: im Jahre 1956 263,5 Millionen beförderte Personen, im Jahre 1965 365,9 Millionen beförderte Personen. Der private Personenverkehr und der gesteigerte Güterverkehr sind in dieser Statistik nicht inbegriffen. Kann man ernstlich behaupten, daß diese 1,808.423 Kraftfahrzeuge vorwiegend auf den Bundesstraßen und Autobahnen fahren? Ist der so außerordentlich gestiegene Personen- und Güterverkehr lediglich ein Ferntransportproblem?

Ich möchte nicht behaupten, daß den zuständigen Ressortministern die sachliche Problematik nicht bekannt wäre. Es gibt genügend realisierbare Vorschläge für zweckmäßige und gerechte Maßnahmen.

Der Herr Abgeordnete Pitschmann hat vorhin kritisiert, daß wir Sozialisten jetzt einen höheren Anteil an den Mehreinnahmen verlangen. Wir sind der Meinung, daß die Bevölkerung die gesamten Lasten für solche langfristige Investitionen, wie sie die Autobahn darstellt, doch nicht in einem, in zwei oder in fünf Jahren übernehmen muß: Der Bund beschließt Gesetze über das 9. Schuljahr, 4.300 neue Schulklassen müssen dafür gebaut werden, und die Gemeinden sollen die Kosten aufbringen. Wäre es nicht zweckmäßig und sinnvoll, wenn solche Gesetze beschlossen werden, daß man sich auch darüber Gedanken macht, wo man die Mittel hernimmt? Das sind Milliardenbeträge, die in unserer Volkswirtschaft keineswegs durch Steuererhöhungen hereingebracht werden können. Es müssen also Wege der Finanzierung gesucht werden. Ob es im Anleiheweg geschieht, wie es in anderen Staaten der Fall ist, dafür sind nicht wir Sozialisten verantwortlich, dazu ist in erster Linie der Finanzminister und die Bundesregierung als Alleinregierung zuständig.

Wenn man aber die zuständigen Fachreferenten der in Frage kommenden Ministerien oder Ämter um ihre Meinung fragt, erhält man entweder ein verlegenes Achselzucken oder den Hinweis zur Antwort, das Finanzministerium vertrete eine andere Ansicht bezüglich der Finanzierung und es müsse überhaupt der kommende Finanzausgleich als Allheilmittel abgewartet werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe die Broschüre, in der auf 58 Seiten die Budgetrede des Herrn Finanzministers vom 11. Mai 1966 abgedruckt ist, gelesen. Weder im Absatz „Straßen und Autobahnen“ noch im Kapitel „Finanzpolitik für alle“ konnte ich verständnisvolle Hinweise für die Absicht, den Ländern und Gemeinden zu helfen, finden. Seit Jahren haben der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund auf die Dringlichkeit einer ausreichenden Finanzhilfe durch den Bund für den raschen und verstärkten Straßenbau hingewiesen. Der Herr Finanzminister erwartet heuer 225 Millionen Schilling Mehreinnahmen aus der sogenannten Bundesmineralölsteuer. Von diesem Ertrag sollen die Länder und Gemeinden 75 Millionen, also lediglich ein Drittel, erhalten.

Über die finanziellen Auswirkungen dieser Regelung auf die Länder und einzelnen Gemeinden hat auf der Bundestagung des Österreichischen Gemeindebundes in Eisenstadt

Singer

der Generalsekretär Hofrat Hammer berichtet. Ich selbst war anwesend und konnte also die Resonanz auf diesen Bericht persönlich feststellen. Seine Ausführungen wurden von den mehr als 900 teilnehmenden Vertretern aus den Bundesländern und Gemeinden aller politischen Richtungen mit Ablehnung, ja sogar mit Mißfallensäußerungen aufgenommen. Es lag hier keine organisierte Willenskundgebung vor. Die Ablehnung des beabsichtigten Gesetzes und damit der zutage tretenden Finanzpolitik wurde offen von vielen hunderten anwesenden Gemeindefunktionären dokumentiert. Ich hoffe, daß diese Willensmeinung so vieler namhafter politischer Funktionäre unüberhörbar bis in die Himmelfahrtsgasse gedrungen ist. Die Verantwortlichen für die österreichische Finanzpolitik mögen die zum Ausdruck gekommene Ablehnung als Warnung erkennen und künftige Finanzmaßnahmen nur unter Berücksichtigung der elementaren föderalistischen Rechte und Bedürfnisse im Einvernehmen mit den Beteiligten treffen.

Wir sozialistischen Abgeordneten erachten die in diesem Gesetz vorgesehene Finanzzuweisung an die Länder und Gemeinden als unzureichend. Wir vertreten die Auffassung, daß es ohne Beeinträchtigung der Ansätze des Budgets möglich und vertretbar ist, den vorgesehenen Betrag auf 112,5 Millionen Schilling zu erhöhen. Im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates und im Plenum haben die ÖVP-Abgeordneten diesen sozialistischen Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Der Bundesrat hat die verfassungsmäßige Aufgabe, die Rechte und Interessen der Länder zu wahren und zu sichern. Mit dem vorliegenden Gesetz werden wichtige Interessen der Länder und Gemeinden berührt. Wir Sozialisten treten dafür ein, daß die Finanzzuweisungen aus den Mehreinnahmen der Bundesmineralölsteuer auf den von mir genannten Betrag erhöht werden sollen. Sie, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, haben jetzt Gelegenheit, Ihre föderalistische Überzeugung zum Ausdruck zu bringen. An Ihnen liegt es, durch Ihre Entscheidung zu beweisen, ob Ihnen ein Beschluß Ihrer Partei oder die Interessen der Länder und Gemeinden höher stehen. Wir Sozialisten sind für die Länder- und Gemeindeinteressen. Wir stimmen gegen den Vorschlag des Finanzministeriums und gegen den vorliegenden Mehrheitsbeschluß der ÖVP-Abgeordneten.

Ich gestatte mir, einen Beschlußantrag dem Hohen Haus zur Kenntnis zu bringen.

Die unterzeichneten Bundesräte stellen gemäß Art. 52 Abs. 1 B-VG. und § 37 der Geschäftsordnung des Bundesrates nachstehenden

Beschlußantrag:

Im Hinblick darauf, daß die Finanzzuweisung an die Bundesländer in der Höhe von 75 Millionen Schilling aus dem Ertrag der Erhöhung des Benzin-, Diesel- und Heizölpreises absolut unzureichend ist, und im Hinblick darauf, daß zahlreiche prominente Bundesländervertreter gegen dieses zentralistische Diktat des Finanzministers Einspruch erhoben haben, wird die Bundesregierung aufgefordert, den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die — in Abänderung der Regierungsvorlage 16 der Beilagen — sicherstellt, daß den Ländern und Gemeinden noch heuer 50 Prozent des Betrages der Erhöhung des Benzin-, Diesel- und Heizölpreises für Straßenbauzwecke zur Verfügung gestellt werde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß der Antrag genügend unterstützt ist. Er steht daher zur Debatte.

Zum Wort hat sich weiter gemeldet Herr Bundesrat Bürkle. Ich erteile es ihm. (*Bundesrat Porges: Heute lauter Vorarlberger!*)

Bundesrat Bürkle (ÖVP): Herr Minister! Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Singer hat aus profunder Sachkenntnis nicht zum erstenmal hier dargelegt, welche Aufgaben gerade auf dem Gebiet des Straßenbaues die Gemeinden dieses Landes haben. Es ist auch im Nationalrat von allen Sprechern der SPÖ dieses Jammerlied — das der Herr Bürgermeister Singer nicht gesungen hat, er hat nur den Sachverhalt dargelegt — gesungen worden: Die Gemeinden haben zuwenig Geld im Hinblick darauf, daß sie ein riesiges Straßennetz zu erhalten haben.

Das sind aber alles Dinge, die eigentlich nicht neu sind. Wir alle leben in irgendeiner Gemeinde. Fast ausnahmslos sind wir auch noch Gemeindefunktionäre auf der politischen Ebene oder vielleicht Gemeindeangestellte und kennen daher die Nöte und Sorgen und unerhörten Aufgaben, die die Gemeinden gerade durch die Motorisierung unserer Zeit zu erfüllen haben. Wir haben also zuwenig Straßen und anscheinend zu viele Autos. Wenn dieses Spiel hier gespielt wird, wenn dargelegt wird, wo es mangle und warum es mangle, weil eben kein Geld da sei, dann wird auch viel mit Zahlen jongliert. Und dann heißt es, der Bund, der so viel Geld mehr nimmt, hat nur so viele tausend Kilometer Bundesstraßen zu erhalten, die Gemeinden aber haben für so viele und die Länder haben auch für eine entsprechende Anzahl aufzukommen. Das Spiel mit diesen Zahlen — man darf das, glaube ich, auch einmal ganz offen sagen,

Bürkle

auch wenn man jetzt nicht einverstanden wäre mit dem, was hier geschieht, und ich habe auch keine reine Freude mit dem, was hier beschlossen werden soll, aber dann muß man so ehrlich sein und es sagen —, dieses Jonglieren mit den Zahlen ist nicht ganz ehrlich. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch ein Unterschied, ob ich eine den modernen Verkehrserfordernissen entsprechende Bundesstraße mit neun Meter Fahrbahnbreite und zwei Meter Grünstreifen links und rechts und mit Nebenfahrbahnen zu erstellen habe oder ob ich etwa Gemeindestraßen zu erhalten habe, deren Bedeutung ich damit aber gar nicht schmälern will.

Das Spiel mit Straßenlängen und mit Kilometern würde aber gleich ein bisserl anders ausschauen, wenn man einmal vom Kilometer zum Quadratmeter überginge, wenn man einmal feststellen würde, wie viele Quadratmeter Straßenfläche der Bund, die Länder und die Gemeinden, in Relation zueinander gesetzt, zu erhalten haben. *(Bundesrat Schweda: Das ist festgestellt, Herr Kollege!)* Dann werden Sie, Herr Bundesrat Schweda, zugeben müssen ... *(Bundesrat Schweda: Herr Kollege! Das ist festgestellt durch eine Erhebung aller Bundesländer, finanziert von den Ländern! Der Herr Finanzminister kennt das zweifellos auch! Die Verbindungsstelle hat diese Erhebung gemacht! Auch über Plakatwände! Man muß sie sich nur ansehen!)* Ich glaube, ich sage nichts Falsches, Herr Bundesrat Schweda, wenn ich behaupte, daß dann die Relationen nicht nur ein bisserl, sondern ganz gewaltig zugunsten des Bundes verschoben sind.

Nun ist die Geschichte halt die: Alles jammert, daß man kein Geld habe, um diese Straßen zu bauen — beim Bund so wie bei den Ländern und bei den Gemeinden. Aber niemand von den Rednern, auch nicht von den Rednern der Sozialistischen Partei im Nationalrat hat gesagt, woher das Geld kommen soll. Niemand hat den Mut gehabt, zu sagen: Herr Finanzminister, du streichst aus deinem Budget 400 Millionen Schilling heraus und gibst sie den Ländern und Gemeinden, damit sie Landes- und Gemeindestraßen bauen können; was du dann mit den Bundesstraßen tust, ist mir völlig wurscht! Das hat niemand zu sagen gewagt. Niemand gibt ein Rezept.

Herr Bürgermeister Singer hat darauf hingewiesen, daß sich der Hauptverkehr auf den Gemeindestraßen abwickelt, sowohl der fließende als auch insbesondere der ruhende. Damit hat er nicht ganz unrecht. Herr Bürgermeister Singer vergißt aber, daß gerade die Bundes- und Landesstraßen als Zubringer für unseren Fremdenverkehr in die Gemeinden hinein

eine ungemein wichtige Funktion zu erfüllen haben, die sie nur erfüllen können, wenn sie auch entsprechend ausgebaut sind; wohlge-merkt: als Träger des Zubringerverkehrs in die Fremdenverkehrsgemeinden hinein, wo dann selbstverständlich auch die Gemeindestraßen von diesen Fremden benützt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin von dem Spiel mit den Zahlen gesprochen. Man könnte dieses Spiel fortsetzen, man könnte es umkehren und sagen: Mein Gott, da gibt man den Ländern und Gemeinden — wieviel sind es zusammen? Ich glaube 50 Millionen Schilling, ohne Wien. Wenn ich diesen Betrag nun aufteile und feststelle, daß es dann pro Kopf der Bevölkerung in diesem Jahr in einer Gemeinde 5,5 oder 6 S sind, dann könnte ich sagen — ich tue es nicht, aber ich könnte es sagen —: Herr Bürgermeister, wo ist denn der Nutzeffekt?

Ich bin aus einer kleinen Stadt mit 11.000 Einwohnern. Diese Stadt bekommt nach dem Schlüssel etwa 50.000 S. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind die Kosten von zwei Schneeräumungstagen im Winter, gar nicht mehr. Das Budget der Stadt wird also im Hinblick auf den Straßenbau kaum wesentlich entlastet werden.

Wenn aber dem Bund diese 25 Millionen oder diese 50 Millionen Schilling gelassen werden, die auf die Länder und Gemeinden entfallen, dann kann man sagen: Mit 25 Millionen oder mit 50 Millionen Schilling könnte man an der Bundesstraße 1 im Stanzertal zum Beispiel — ich rede jetzt von der Tiroler Seite — dieses katastrophale Stück von der Trisannabrücke bis in das nächste Dorf phantastisch und zeitgemäß ausbauen. Ja noch viel mehr. Ich tue es aber nicht, weil auch die Länder und Gemeinden über jeden Groschen froh sind, den sie für den Straßenbau bekommen.

Ökonomisch und von dem Standpunkt aus betrachtet, wo der größte Nutzeffekt bei der jetzigen Regelung ist, könnte man verschiedener Auffassung sein.

Meine Damen und Herren! Einer der Vorredner hat bei dem vorigen Gesetz gesagt, wir hätten kein Straßenbaukonzept, wir müßten ein Forschungszentrum haben, das neue Straßenbaumethoden erfindet, das auch plant und was weiß ich alles tut. Seien Sie mir nicht böse, aber ich bin der Meinung, wir brauchen kein Forschungszentrum. Unser Straßenbau ist so modern und so auf dem Stand der heutigen Technik, daß er mit den derzeitigen Methoden mit den übrigen europäischen Ländern ganz gut konkurrieren kann. Wenn das nicht der Fall wäre, bin ich der

Bürkle

Meinung, wäre auch ein Forschungszentrum für Straßenbau nicht die Lösung und das Ei des Kolumbus, sondern dann müßte man sagen: Gehen wir dorthin, wo diese Forschungszentren schon bestehen, wo diese Dinge schon erforscht und klargestellt sind, ohne daß wir in unserem kleinen Land wieder einen neuen Apparat, ein Forschungszentrum aufbauen, das Erkenntnisse erarbeitet, die woanders schon längst Allgemeingut geworden sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe es bereits angedeutet: Wir haben eigentlich auch keine reine Freude mit dieser Sache, weil sie ein bißchen rasch gegangen ist. Da kommt der Vorwurf des Herrn Bürgermeisters Singer, die Gesetzesmaschine der ÖVP arbeite auf Hochtouren, sie bekomme Injektionen noch und noch. Herr Bürgermeister! Sie sind ein sachlicher Mann. Ich habe das Vergnügen, Sie jetzt schon einige Jahre hier zu kennen. Ich weiß nicht, ob Sie sich einer kritischen Bemerkung hätten enthalten können, wenn diese Gesetzesmaschine sehr langsam liefe. (*Bundesrat Singer: Es gibt einen Mittelweg!*) Dann wäre garantiert der Vorwurf gekommen: Da sieht man es! Schaut sie an, jetzt regieren sie allein und sind nicht in der Lage, die einfachsten und notwendigsten Dinge zu tun und ins Parlament zu bringen! Wie man es macht, macht man es falsch! So ist die Sache. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat F. Mayer: Sie sollten nicht ins Extrem fallen!*) Nein, nein, das ist gar nicht extrem. (*Bundesrat F. Mayer: Es gibt ein Mittel!*) Der Herr Finanzminister muß, weil wir zusammen kein Budget zustande gebracht haben, jetzt im Laufe dieses Jahres ein Budget zustande bringen. Daher müssen wir ihm auch die Möglichkeit geben, ein abgeschlossenes, ein ausgeglichenes Budget zu stellen.

Daher stimmen wir — nicht mit reiner Freude, aber weil wir ihm, dem armen Mann, helfen wollen (*Heiterkeit*), damit er endlich ein vernünftiges Budget erstellen kann — dieser Gesetzesvorlage zu. Wenn ich sage: Wir haben auch eine gewisse Sorge, dann ist es die Sorge, der Herr Finanzminister könnte von hier weggehen mit dem Gefühl: Da brauche ich nur etwas einzubringen, die stimmen mir sowieso zu, ich kann mich also für die nächsten Finanzausgleichsverhandlungen hart machen. Ich möchte ihm sagen: Das wäre ein falscher Standpunkt. (*Bundesrat F. Mayer: Da geht es Ihnen so wie dem Gleißner! — Heiterkeit bei der SPÖ.*) Er müßte von hier weggehen und schon wissen: Hier haben sie mir jetzt zugestimmt, auch diese Kammer, in der die Vertreter der Länder sitzen — nicht nur Ver-

treter der Länder, sie haben andere Aufgaben auch —, die haben mir jetzt zugestimmt, weil sie mir wirklich helfen wollten, diese Situation mit dem Budget mitten im Jahr zu überbrücken. Ich nehme aber zur Kenntnis, daß ich in Hinkunft selbstverständlich genau abzuwägen habe, welche Aufgaben und Funktionen, vor allem welche finanziellen Leistungen notwendig sind, damit wir auch die Wünsche der Gemeinden und insbesondere der Länder in diesem Bundesstaat erfüllen können! Ich bin sicher, daß der Herr Finanzminister der letzte sein wird, der aus unserer Zustimmung hier etwa eine Stärke für sich ableitet und bei den kommenden Verhandlungen etwa der sture Mann sein wird. Ich bin ganz sicher, daß das nicht der Fall sein wird. (*Bundesrat F. Mayer: Na hoffentlich! — Bundesrat Schweda: Nehmen Sie sich zusammen, Herr Minister!*) Ich bin sicher, daß er dann bei den Finanzausgleichsverhandlungen, wo nicht wir zuerst zuständig sind, sondern die Unterhändler, mit den Gesprächspartnern — er hat selbstverständlich auch einen Standpunkt zu vertreten — eine einvernehmliche Lösung finden wird. Ich bin dessen ganz sicher.

Daher stimmen wir jetzt, wenn auch nicht mit großer Freude, zu, damit er sein Budget ordentlich unter Dach und Fach bringt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Bundesrat Hallinger.

Bundesrat Hallinger (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bürkle, ich habe Verständnis für Ihr Bemühen, uns begreiflich zu machen, daß Sie diesmal erstmals in Fragen dieser Art den Standpunkt vertreten, den Sie jetzt — ich sage es noch einmal — mit Mühe vertreten haben. (*Bundesrat Porges: Saulus über Paulus!*)

Aber um es gleich vorwegzunehmen, stelle ich fest: Die sozialistischen Mitglieder des Hohen Bundesrates können dem Antrag des Herrn Berichterstatters, wonach gegen den hier zur Beratung stehenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai kein Einspruch erhoben werden soll, unter den gegebenen Verhältnissen leider nicht zustimmen. Weil es sich dabei aber um ein Bundesgesetz handelt, mit dem — wenigstens dem Titel nach — den Ländern und Gemeinden noch im Jahre 1966 aus Bundesmitteln eine Finanzausweisung gewährt werden soll, möchte ich in diesem Zusammenhang, um jedem Irrtum vorzubeugen, mit allem Nachdruck unterstreichen, daß wir damit nicht etwa gegen eine Finanzausweisung des Herrn Finanzministers an die Länder und Gemeinden an sich stimmen wollen, sondern

5856

Bundesrat — 239. Sitzung — 31. Mai 1966

Hallinger

lediglich gegen eine Methode, die wir aus verschiedenen Gründen einfach nicht für richtig halten.

Worum es hier geht, ist nämlich nicht so sehr, wie es im § 1 dieses Gesetzes heißt, eine Finanzzuweisung aus Bundesmitteln an die Länder und Gemeinden, sondern es ist vielmehr — fast möchte ich sagen, und ich sage es nicht zum erstenmal, es ist bereits öfters angeklungen — ein sehr schmachlicher Anteil der Länder und Gemeinden an einer sehr empfindlichen Preiserhöhung für Treibstoff und Heizöl, die von den Letztverbrauchern dieser Grundstoffe in allen Bundesländern und in allen Gemeinden aufgebracht werden muß.

Daß von dieser Mehreinnahme, die zweifellos zu einem nicht unerheblichen Teil auch zu Lasten der Gemeinden als Letztverbraucher geht, der Bund über 66 Prozent für sich in Anspruch nimmt, während die Länder und Gemeinden — ich muß mich wiederholen, weil es ja um das gleiche Thema geht — nur mit etwas mehr als je 16 Prozent abgespeist werden sollen, das ist der Stein des Anstoßes, um den es hier geht und mit dem wir Sozialisten uns einfach nicht abfinden können. Ich weiß schon, mit Schlagworten vom roten Unitarismus und vom — um nicht zu sagen: schwarzen — gesunden Föderalismus der ÖVP wurden Wahlschlachten geführt.

Aber grau ist alle Theorie und manchmal auch etwas nebulos. In der Praxis jedenfalls und in der realen Wirklichkeit sehen die Dinge dann sehr oft ganz anders aus. Das gilt wohl ganz besonders für den hier vorliegenden konkreten Fall. Sie können mir zwar sagen: Der Bund baut seine Straßen auch nicht auf dem Mond, sondern er führt sie durch die Bundesländer und Gemeinden, sodaß letzten Endes alle irgendwie daran partizipieren. Dagegen wäre aber einzuwenden — jetzt kommen Zahlen, weil Zahlen das einzig mögliche Ausdrucksmittel sind, wenn es um Finanzen geht —, daß es sich beim Bund um eine Größenordnung handelt, die bei etwa 10.000 km liegt, während es sich bei den Landesstraßen um zirka 30.000 km und bei den Gemeindestraßen sogar um ein Vielfaches von beiden zusammen handelt. Die Progression des nach diesem Gesetz bei der Verteilung der zu erwartenden Mehreinnahmen angewendeten Schlüssels steht dieser Reihenfolge diametral gegenüber, sie verläuft genau entgegengesetzt.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese Formel der Verteilung von Aufgaben und Zuwendungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden durch Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzesbeschluß akzeptieren, dann erheben

Sie nach meiner Überzeugung auf diesem Sektor erstmals einen Akt der Willkür zum geltenden Recht, denn die Dinge liegen doch so: Die Mineralölsteuer, die auf Grund des Mineralölsteuergesetzes 1959 eingehoben wird, ist eine gemeinschaftliche Bundesabgabe, die zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden im Verhältnis 26:64:10 aufgeteilt wird. Zu dieser Mineralölsteuer wird nach dem gleichen Gesetz derzeit ein Bundeszuschlag von 400 Prozent eingehoben, der als Bundesabgabe ausschließlich zum Ausbau und zur Erhaltung der Bundesstraßen einschließlich der Autobahnen zu verwenden ist. Nach dem vorliegenden Gesetz soll nun dieser Bundeszuschlag für Benzin und Benzol um weitere 13 Prozent und für Gasöl und dergleichen um 25 Prozent erhöht werden. Was für die Länder und Gemeinden dabei herauskommt — das wurde übrigens bereits in der Nationalratsdebatte festgestellt —, reicht kaum aus, um das verteuerte Heizöl und den verteuerten Treibstoff zu bezahlen.

Praktisch liegen die Dinge also so: Der Bund verteuert den Treibstoff und das Heizöl und schafft damit neue Belastungen und neue Preisauftriebsfaktoren, weil, wie es in den Erläuterungen zur gegenständlichen Regierungsvorlage heißt, die überaus starke und rasche Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs einen beschleunigten Ausbau des Straßennetzes erforderlich macht. Die Länder aber und vor allem die Gemeinden, die in der abhängigsten Hochflut des Verkehrs langsam zu ersticken drohen, erhalten keine zusätzlichen Mittel, um diesem Chaos zu begegnen.

Hohes Haus! Wenn das die sogenannten klaren Entscheidungen sind, für die unsere derzeitige Regierung die absolute Mehrheit benötigte, dann sehe ich schwarz. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, es säße ein roter Minister auf der Regierungsbank und der hätte für eine solche Regierungsvorlage verantwortlich gezeichnet, was da geschehen würde, und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Parlaments! So aber herrscht beinahe „Schweigen im Walde“ — wenn ich in diesem Rahmen von „Wald“ rede, meine ich den Blätterwald. Doch lassen wir das. Die Ereignisse nehmen ihren Lauf, die Dinge sind, wie man so schön sagt, im Fluß. Kehren wir also wieder zur Sache selbst zurück.

Die fortschreitende Motorisierung des Verkehrs, und da vor allem des individuellen, des persönlichen Autoverkehrs — ich meine damit, kraß ausgedrückt, den Zustand, daß bald schon jeder einzelne einen eigenen Wagen fährt und damit, wo immer er sich aufhält oder auch bewegt, mindestens fünf bis sechs Quadratmeter Platz, also Verkehrsfläche für

Hallinger

sich in Anspruch nimmt —, ist in den Gemeinden, und da denke ich vor allem an die Städte, längst zum Verkehrshindernis Nummer 1 geworden, das sich nicht nur auf den Verkehr an sich, sondern auch auf das gesamte Wirtschaftsleben bereits lähmend auszuwirken beginnt. Im Nahverkehr, also auf den Landesstraßen, liegen die Dinge kaum anders. Der Landwirt, der mit seinen Maschinen die Felder bestellt, der Last- und Kraftverkehr zwischen den Produktionsstätten, der Linienverkehr der Omnibusse, der Arzt, der es eilig hat, und viele, viele private Fahrer, sie alle treffen sich dort auf diesen Straßen und behindern einander mehr oder weniger an der Erreichung ihrer Ziele.

Auf den Fernverkehrsstraßen und Autobahnen zieht sich der Verkehrswurm, kaum unterbrochen und je nach der Lage ein-, zwei- oder dreibahnig, von Ost nach West, von Nord nach Süd und umgekehrt durch alle Bundesländer und in alle Länder Europas, wobei in der Regel die Verkehrsdichte, nicht selten aber auch der Langsamste das Tempo bestimmt.

So stellt sich in Form einer knappen Skizze derzeit die Verkehrslage bei uns in normalen Tagen dar. Sie wissen aber, Österreich ist ein Fremdenverkehrsland ersten Ranges, und Österreich braucht den Fremdenverkehr, denn unser Wohlstand wird in sehr starkem Maße durch die Ertragnisse gerade dieses Wirtschaftszweiges bestimmt. Nun kommt wieder der Sommer, die Urlaubszeit beginnt, die sogenannte Reisezeit bricht an. Hunderttausende, ja Millionen Menschen aus aller Herren Länder besteigen einen Omnibus oder setzen sich in ihren privaten Wagen und fahren auf den Autobahnen in Richtung Österreich, um durch dieses Land nach dem Süden oder Osten an ihr Reiseziel zu gelangen oder, was für uns am interessantesten ist, um in Österreich ihren Urlaub zu verbringen. Diesen zusätzlichen zehntausendfachen Ansturm sollen, ja müssen unsere Straßen und vor allem jene Personen, die für deren Zustand verantwortlich sind, neben der vorhin geschilderten Misere noch zusätzlich verkraften. Auf den Autobahnen und Fernverkehrsstraßen mag das noch halbwegs gehen, obwohl ich, um nicht mißverstanden zu werden, keineswegs verkennen möchte, daß auch hier noch einige sehr kostspielige Probleme direkt nach einer Lösung schreien. Auf den Landesstraßen hingegen ist die Zahl dieser Engpässe beinahe schon Legion! Dabei will ich ganz davon schweigen, daß es in unserem wunderschönen Land noch eine ganze Reihe herrlicher Gebirgstäler gibt, an denen der Fremdenstrom vorbeizieht, weil sie noch unerschlossen und nur auf einem besseren Karrenweg erreichbar sind.

In den Brennpunkten des Fremdenverkehrs — und was liegt da näher, als daß ich als Salzburger in diesem Zusammenhang in erster Linie eben von Salzburg spreche — bahnt sich bereits eine Katastrophe an. Ich erinnere dabei nur an die Landeshauptstadt Salzburg zur Festspielzeit oder an die Stadt Hallein zur Reisezeit und frage: Wo bleibt da noch für ein gesundes Wirtschaftsleben Platz, für den unbedingt erforderlichen örtlichen Verkehr? Aber, und auch das soll nicht vergessen sein, Tausende von Schulkindern aller Altersstufen gibt es, die sich auf diesen brodelnden Verkehrswegen in Stadt und Land vielfach zu Fuß ihren Weg zur Schule bahnen müssen.

Es trifft also schon zu, was in den Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage über das Bundesmineralölsteuergesetz steht, nämlich daß die starke und rasche Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs einen beschleunigten Ausbau des Straßennetzes erforderlich macht. Daß aber die vorgesehene Erhöhung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer ein zielführendes Mittel ist, um diesem Umstand zu begegnen, das bestreiten wir. Ich weiß schon, das gehört nicht unbedingt hierher, weil wir ja im Augenblick nicht direkt von der Mineralölsteuer sprechen. Ich habe es daher auch nur nebenbei erwähnt.

Ganz entschieden bestreiten müssen wir aber, was in den Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage des vorliegenden Gesetzesbeschlusses steht. Mein Kollege Singer hat es bereits erwähnt, ich möchte es jetzt nochmals wiederholen, um es, wenn ich so sagen kann, in die Gehirne einzuhämmern. Da heißt es nämlich, daß der Fortschritt im Ausbau und in der Verbesserung der Bundesstraßen auch eine steigende Frequentierung der Landes- und Gemeindestraßen zur Folge hätte, und daß deshalb den Erhaltern dieser Straßen, also den Ländern und Gemeinden, ein Teil des Aufkommens aus der Anhebung der Mineralölbesteuerung zum Zwecke der Beschleunigung des Ausbaues und der Verbesserung des Straßennetzes zugute kommen soll.

Muß man es wirklich hier erst sagen, daß jeder Kraftfahrer zunächst in einer Gemeinde lebt und sich in dieser Gemeinde aufhält und bewegt? Daß er sich da in der Regel geschäftlich oder privat mit seinem Kraftfahrzeug in die nähere Umgebung begibt und folglich vor allem die Landesstraßen belebt? Daß also der Zug des Verkehrs erst von den Gemeinden und den Landesstraßen auf die Bundesstraßen kommen kann und daß er in jedem Falle auch wieder dort, also in den Gemeinden, endet?

Wenn wir schon vom Verkehr reden: Genauso verkehrt wie diese beinahe etwas

Hallinger

wohlwollend von oben herab anmutende Begründung für dieses Zugutekommenlassen, genauso verkehrt ist auch der Schlüssel, nach dem den Ländern und den Gemeinden hier etwas zugute kommen soll!

Meine Damen und Herren! Ich glaube sagen zu dürfen, ich habe diese Behauptung hinreichend begründet und komme daher zum Schluß: Die Probleme des modernen motorisierten Verkehrs zur Zufriedenheit aller zu lösen, wird kaum möglich sein. Wir werden sie daher vor allem gerecht lösen müssen, das heißt so, daß möglichst niemand benachteiligt wird. Der Ausbau und die Erhaltung der Verkehrswege, also im konkreten Falle der Straßen, ist dabei sowohl kostenmäßig als auch allgemein zweifellos der wichtigste Punkt. Das in diesem Punkt enthaltene Problem zu lösen, ist Aufgabe der Gemeinden, der Länder und des Bundes gemeinsam. Es zu lösen wird daher nur möglich sein auf einer gemeinsam erarbeiteten Basis des Vertrauens, und damit jenes Rechtes, das von der Gerechtigkeit kommt und nicht von der Macht. Dieser Überlegung dient der vorliegende Gesetzesbeschluß nach unserer Meinung leider nicht, und deshalb lehnen wir ihn ab. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich noch der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz: Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der hohe Respekt vor dem Haus macht es mir unmöglich, ohne Schlußwort hier nur der Abstimmung entgegenzusehen. Ich möchte Ihnen versichern, daß mir die Sorgen aller Gebietskörperschaften hinsichtlich des Straßenbaues durchaus bekannt sind, und ich möchte aus der Schule plaudern und Ihnen sagen, daß gerade die Kenntnis der Sorgen mit dem Straßenbau mich mitbewogen hat, mich für eine so unpopuläre Maßnahme wie eine Mineralölsteuererhöhung einzusetzen, nachdem ich in den nun schon geraume Zeit sich hinziehenden Finanzausgleichsverhandlungen erkennen mußte, daß irgend etwas geschehen muß, damit auch die Länder und Gemeinden mehr Mittel für den Straßenbau bekommen. Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, um wie viel mehr Mittel, das ist eine zweite Frage. Und daß jeder bei der Verteilung noch mehr haben möchte, ist eine alte Erfahrung, die wir nicht erst heute machen.

Ich möchte Ihnen nicht sagen, in welcher Reihenfolge der Dringlichkeit die Hauptverkehrsarterien ausgebaut werden müssen, damit der Verkehr richtig in Fluß kommt. Ich möchte hier nicht auf die Frage eingehen,

die der Herr Bundesminister Kotzina aufgeworfen hat, ob nämlich die Verteilung von Landes- und Bundesstraßen richtig ist, wenn man die Intensität ihrer Frequenz betrachtet; diese Frage ist schon von einem Ihrer Redner selbst angeschnitten worden, daß nämlich Bundesstraßen durch Länder führen und den Länderverkehr bestreiten. Ich möchte auch nicht darauf eingehen, welche Gründe für oder gegen diesen Schlüssel hier gerade sprechen oder gesprochen haben. Aber ich darf vielleicht nur eine Gegenfrage an die Kritiker dieses Schlüssels richten: Meine Damen und Herren! Wer ist mehr Föderalist: der, der eine solche Maßnahme vorschlägt und den Gemeinden und Ländern 150 Millionen Schilling im Jahr für den Verkehrsausbau zuführt, oder der, der diese Maßnahme ablehnt und damit keine Mittel für die Länder und Gemeinden bereitstellt? *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schweda: Die Fragestellung stimmt nicht, Herr Minister!)*

Wer, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist indifferenter gegenüber den Fragen der Verkehrsstrecken- und Bautenfinanzierung: Derjenige, der die Prügel in der Öffentlichkeit einsteckt und den Ländern und Gemeinden 150 Millionen Schilling mit 10prozentiger Wachstumsquote im Jahr zuführt, oder der, der das ablehnt und damit keine Mittel bereitstellt, um damit die Möglichkeiten zu verbessern? *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Wir lehnen das nicht ab! Wir wollen mehr Mittel!)*

Vorsitzender: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Er verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse nunmehr über den Antrag des Berichterstatters abstimmen, gegen den Gesetzesbeschluß keinen Einspruch zu erheben. Wird dieser Antrag angenommen, erübrigen sich weitere diesbezügliche Abstimmungen.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, ein Händezeichen zu geben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Der Antrag des Berichterstatters ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu diesem Gegenstand vorgeschlagenen Beschlußantrag der Bundesräte Singer und Genossen, betreffend Erhöhung der Finanzzuweisung an die Bundesländer. Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Beschlußantrag ihre Zustimmung geben, um ein Händezeichen. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

3. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Mai 1966: Bundesgesetz, mit dem das Verteilungsgesetz Rumänien abgeändert wird

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Abänderung des Verteilungsgesetzes Rumänien.

Berichtersteller ist der Herr Bundesrat Römer. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu referieren.

Berichtersteller Römer: Hoher Bundesrat! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Am 29. Juni 1923 wurde auf Grund des Protokollabkommens von Innsbruck die Caisse Commune des Porteurs des Dettes Publiques Autrichienne et Hongroise in Paris errichtet. Sie hat die Aufgabe, im Namen und für Rechnung der Inhaber gewisser Staatsschuldverschreibungen der alten österreichisch-ungarischen Monarchie Zahlungen zu empfangen und zu leisten, die von den Nachfolgestaaten erbracht werden.

Rumänien hat bisher noch keine Leistung erbracht. Es ergab sich daher bei den Ende 1962 abgeschlossenen Vermögensverhandlungen mit der Volksrepublik Rumänien die Frage, jetzt auch die österreichischen Titelinhaber solcher von der Caisse Commune zu bedienender Emissionen in die Globalsumme des zustande kommenden Vermögensvertrages einzubeziehen. Der Betrag konnte mangels eindeutiger Unterlagen über die vorhandenen österreichischen Titelinhaber innerhalb der Globalsumme nicht festgelegt werden.

Ohne eine solche Kenntnis mußte zur Wahrung der Rechte aller Entschädigungswerber von einer Aussonderung eines Betrages für solche Titelinhaber zwecks Überlassung an die Caisse Commune abgesehen werden. Es wurde vereinbart, eine österreichische Regelung für die Caisse-Commune-Werte hinsichtlich der rumänischen Beitragsquoten in das Verteilungsgesetz Rumänien, BGBl. Nr. 71/1965, § 16 Abs. 2 und 3, aufzunehmen.

Erst nach Verabschiedung des Verteilungsgesetzes Rumänien am 10. Dezember 1964 konnte seitens der Caisse Commune die genaue Zahl der den österreichischen Titelinhabern ent-

sprechenden Obligationen erhoben und entsprechend den Quotenbeträgen des Verteilungsgesetzes Rumänien der bezügliche Gesamtbetrag mit 78.880 US-Dollar angegeben werden.

Die Caisse Commune forderte nunmehr die Überweisung dieses Betrages. Eine gesonderte Behandlung österreichischer Titelinhaber hätte jedenfalls technische Schwierigkeiten für die sonstigen Ausschüttungen sowohl für die Caisse Commune als auch für die österreichischen Zahlstellen mit sich gebracht. Außerdem hätte die österreichische Sonderbehandlung der den österreichischen Inhabern zustehenden Obligationen hinsichtlich der rumänischen Beitragsquoten gegenüber der einheitlichen Bedienung seitens der Caisse Commune zu einer Benachteiligung der Österreicher führen können. Es war daher geboten, den genannten Gesamtbetrag im Wege des Entwurfes der vorliegenden Novelle aus dem Verteilungsgesetz Rumänien herauszunehmen und ihn der Caisse Commune zur Verfügung zu stellen.

Der Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates hat sich mit diesem Problem in der Sitzung vom 16. Mai befaßt und die Regierungsvorlage mit Textberichtigungen, die in den dem Ausschußbericht beigedruckten Abänderungen enthalten sind, mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanzausschuß des Bundesrates hat sich in seiner Sitzung vom 27. Mai mit dem Gesetzesbeschluß befaßt und mich beauftragt, dem Hohen Bundesrat zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Wir schreiten zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Bundesrates findet morgen, Mittwoch, den 1. Juni 1966, um 11 Uhr statt. Die Tagesordnung wurde bereits verteilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 40 Minuten